

Leipziger Volk

Gegen Hakenkreuz und Bürgerblock! Wählt Liste 1

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großbüchsch behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.— für Selbstabholer 1.80 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10 Gelpalt. Kolonelleise 35 Pf., bei Flahporschrift 40 Pf., Stellenangebote 10 Gelp. Kolonelleise 25 Pf. Familiennachrichten von Privaten die 10 Gelp. Kolonelleise mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inlerate o. ausw.: die 10 Gelp. Kolonelleise 40 Pf. bei Flahporschr. 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Wie die KPD „Arbeit schafft“

Wo bleibt die Antwort der SAZ?

Unser Photograph wartet bereits seit Wochenfrist. Er rechnet mit der neuen Berichtigung, die uns der Geschäftsführer der SAZ, D. Gauß, und Herr Jacobs angekündigt haben, sofern die Leipziger Volkszeitung erneut über den „Bankrott im Franz-Mehring-Haus“ berichtet werde. Als Antwort auf das Schreiben des Herrn Gauß vom 30. Mai 1930 (sahrieben wir in unserer Nummer vom 5. Juni:

„Wir erklären weiterhin, daß der Peuwag-Betrieb in Czermats Garten ein Pleiteladen gebracht, die lediglich wiederholen, was wir bereits vor Wochen schrieben. Trotz der wunschraubenden Antwort, die uns Herr Jacobs verneint erteilte, hat D. Gauß keinen Brief mehr abgeschickt. Auch das Klassengericht, mit dem die Gauß, Hädel und Jacobs drohten, hat uns bis zur Stunde die von Herrn Gauß angekündigte Verfüngung noch nicht zugesandt. Das „wertvolle Werkzeug“ der Bourgeoisie hat einige Bedenken gehabt, den Klassenrichter in Bewegung zu setzen, obwohl dieser nichts unterlassen würde, den Leipziger Peuwag-Betrieb, den „Fahl im Felsche der Sozialdemokraten“, vor der Verbreitung nicht zu bestreitender Gerüchte zu beschützen.

Die Arbeiterpolitik Paul Wätchers hatte noch weitere Einzelheiten über den Pleiteladen gebracht, die lediglich wiederholen, was wir bereits vor Wochen schrieben. Trotz der wunschraubenden Antwort, die uns Herr Jacobs verneint erteilte, hat D. Gauß keinen Brief mehr abgeschickt. Auch das Klassengericht, mit dem die Gauß, Hädel und Jacobs drohten, hat uns bis zur Stunde die von Herrn Gauß angekündigte Verfüngung noch nicht zugesandt. Das „wertvolle Werkzeug“ der Bourgeoisie hat einige Bedenken gehabt, den Klassenrichter in Bewegung zu setzen, obwohl dieser nichts unterlassen würde, den Leipziger Peuwag-Betrieb, den „Fahl im Felsche der Sozialdemokraten“, vor der Verbreitung nicht zu bestreitender Gerüchte zu beschützen.

Inzwischen schwirren allerlei Gerüchte durch die Stadt, wonach der Pleiteladen bereits einen Interessenten gefunden habe, und zwar wird ein großes Leipziger Unternehmen genannt, das als Herausgeber einer großen Leipziger Zeitung fungiert. Vorläufig sind das noch Gerüchte, die niemand zu kontrollieren vermag. Wir erwarten Aufklärung durch Herrn D. Gauß. Er ist seinen Mitgliedern Rechenschaft schuldig. Zwar verfügt die Zentrale und ihre Beauftragten — die erst in diesen Tagen die Beispiele von Gotha und Jena zeigten — diktatorisch über das Eigentum der KPD, so daß die Mitglieder gar nichts zu melden haben, immerhin werden sie Aufklärung verlangen müssen.

Der Pleiteladen ist bankrott. Er ist ebenso bankrott wie die kommunistische Friedrichstadt-Druckerei der Reichshauptstadt, die, wie das Franz-Mehring-Haus, dem Peuwag-Konzern zugehört. Wir berichteten bereits, daß dieses Unternehmen ausgeprochen zwei Tage vor den Pfingstfeiertagen der Hälfte des Personals gekündigt habe. Diese Maßnahme ist von der Druckereileitung damit begründet worden, daß die „Welt am Abend“, das Berliner kommunistische Boulevard-Organ, in einem anderen Betrieb, vermutlich bei der Firma Göring & Reimers, hergestellt werden soll. Der Gebieter über die „Welt am Abend“ ist der kommunistische Reichstagsabgeordnete Willi Münzenberg. Er besitzt seinen eigenen Pressekonzern, den er aus der Konkursmasse der Peuwag zu retten sucht. Darum diese Auftragsentziehung und darum die Kündigung des Personals.

So schafft die kommunistische Partei Arbeit. So vermindert sie das Heer der Arbeitslosen. Die kommunistischen Organisatio-

nen haben einen „Wettbewerb“ eingeleitet, nach dem in jedem Bezirk eine bestimmte Anzahl Arbeitslosenversammlungen abgehalten werden soll. Zumeist treffen sich dort der Referent mit dem Einberufer ganz allein, aber der Wettbewerb ist „erfüllt“. Wir empfehlen besondere Versammlungen für das abzubauende Peuwag-Personal. Dort wird der Referent bestimmt nicht über Mangel an Besuchern zu klagen haben.

Das Franz-Mehring-Haus ist ein Teil des Peuwag-Unternehmens. Die Friedrichstadt-Druckerei in Berlin steht bereits vor der Pleite. In Leipzig soll D. Gauß den Bankrottladen ver-



ramischen. Was sagt die SAZ zu den Auftragsgerüchten, die in Leipzig im Umlauf sind? Wie ist es mit der Arbeitslosenversammlungen in Czermats Garten? Die Rotaprint-Apparate sind bereits verteilt und die Leser der Sächsischen Arbeiterzeitung werden bestimmt nicht viel verlieren, wenn ihnen ihr Parteiblatt künftig nach Art der Zeitschriften in extraterritorischem Rotaprint-Druck Abend für Abend zugestellt werden wird.

Kein Wunder, wenn im Angesicht all dessen die Kommunisten für die bevorstehenden Wahlen keine große Aktivität zu entfalten vermögen. Unter kommunistischen Arbeitern wird ein Rätsel kopiert. Wird die Pleite in Czermats Garten noch vor dem 22. Juni erfolgen? Oder bringt die Pleite bei den sächsischen Landtagswahlen den endgültigen Bankrott im Franz-Mehring-Haus?

Notopfer und Volkspartei

„Das ist ein bißchen zuviel...“

SPD Die Mittwochsausgabe der „Königlichen Zeitung“ enthält eine Zuschrift eines Mitgliedes der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei zur Frage der Reichshilfe der Festbesoldeten, in der es u. a. heißt:

„Die Volkspartei, die es vor wenigen Monaten ablehnte, dem von Stegerwald und den christlichen Gewerkschaften geforderten Notopfer der Festbesoldeten zuzustimmen, obwohl doch damals von den Festbesoldeten nur ein Abzug vom Einkommen, wie er dem Arbeitnehmerbeitrag zur Arbeitslosenversicherung entspricht, also nur 1% Prozent des Einkommens, gefordert wurde, kann jetzt nicht gutheißen, was sie damals mit einem Widerstand, der bis zur Kabinettstriefe führte, bekämpfte. Oder hat sich inzwischen in der Situation soviel geändert, daß eine Schwentung von 180 Grad vor den Wählern verantwortet werden kann? Die Reichshilfe der Festbesoldeten stellt keine echte Ausgabenverminderung dar. Sie ist vielmehr eine Einnahmevermehrung, also das falschste, was man zur Zeit tun kann. Sie ist eine Belastung nicht nur der Festbesoldeten, sondern der gesamten Wirtschaft, denn sie entzieht dem inneren Markt neue 300 Millionen Mark. Sie spart nicht an überflüssiger, sondern an fallender Stelle. Eine solche Politik kann die Deutsche Volkspartei unmöglich treiben. Sie würde sich mit ihren Anhängern überwerfen und ihre gesamte Haltung verleugnen. Das ist ein bißchen zuviel, um der schönen Augen der Wirtschaftstreiber willen, die ihre Schulung in München-Gladbach erhalten haben.“

Diese Zuschrift, die Moldenhauers „Reichshilfe“ in Grund und Boden verdammt, stammt u. W. von einem Mitglied des Vorstandes der volksparteilichen Fraktion und ist, wie wir zu wissen glauben, auf ausdrücklichen Wunsch des volksparteilichen Fraktionsvorstandes verfaßt worden.

Trecher Wahlschwindel der KPD

Parteibuchbeamten-Rolle

Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit kommen die Schreiblinge des Millionärs Herfurth mit der Prose vom Parteibuchbeamten. Gewöhnlich reden sie nur vom Parteibuchbeamten, sofern es sich um ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei handelt, dem sie schlechthin mangelnde Vorbildung zum Vorwurf machen. Ein vor der Disziplinarkammer in Dresden behandelter Dienststrafprozeß gegen den Bürgermeister Ficker in Wöhrgen bei Röhren war den Streibiszen des Hakenkreuzler-Infiltrationsorgans genügend Anlaß, die Väter der KPD für die Befestigung der „sozialdemokratische Parteibuchwirtschaft“ bei der kommenden Landtagswahl aufzufordern.

Der angeklagte Bürgermeister Ficker, bei dem die Disziplinarkammer auf Antrag der Amtshauptmannschaft Döbeln auf Dienstentlassung zum, wird von den Schreibern der KPD als „Parteibuchbeamter“ hingestellt. Dabei ist einwandfrei erwiesen, daß Ficker schon in den Vorkriegsjahren im Verwaltungsdienst tätig war. Als damaliger Angehöriger einer bürgerlichen Partei fungierte er in den Jahren 1911 bis 1915 in Schreiergrün im Vogtlande und von 1915 bis 1920 in Oberstjungenau als befohdeter Gemeindevorstand. 1922 wurde Ficker auf Verreiben der Bürgerlichen und Kommunisten gegen den sozialdemokratischen Kandidaten zum Bürgermeister von Wöhrgen gewählt. Erst während seiner Amtszeit in Wöhrgen gehörte Ficker, der zunächst das besondere Vertrauen der bürgerlichen und kommunistischen Gemeindevorstände genos, kurze Zeit der Sozialdemokratischen Partei an, wurde aber aus dieser ausgeschlossen. Das also ist der Parteibuchbeamte!

An dieser Tatsachendarstellung wird deutlich ersichtlich, in welcher Weise die schwarzweigen Feilenreißer am Petersteinweg den Wahlkampf glauben führen zu müssen. Nicht die Wahrheit ist ihnen die vornehmste Waffe, sondern die Lüge, die sie im Kampfe gegen die Sozialdemokratie in gleicher Art gebrauchen, wie die kommunistischen Zeitungsschreiber.

Preissenkung — aber auf wessen Kosten?

Die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruchs für die rheinisch-westfälische Metallindustrie hat gezeigt, daß der Reichsarbeitsminister Stegerwald nicht weniger gehoriam den Wünschen der Stahl- und Eisenmagnaten folgt wie sein Schlichter. In wenigen Tagen ist aus dem Saufus ein Paulus, aus dem Kritiker ein Anhänger der von dem Stahlgewaltigen Böglern gemachten Erfindung geworden, die dringend notwendige Preisherabsetzung von den Arbeitern bezahlen zu lassen.

Die Lohnkürzung des Schiedspruchs ist zwar auch wieder herabgesetzt worden, von 10 auf 7 1/2 Prozent. Dafür sollen aber außer den Arbeitern auch die Angestellten in den Lohnabbau einbezogen werden. Durch die Verbindlichkeitserklärung sollen zwar die Arbeiter an die Herabsetzung der Lohnen gebunden sein, für die Unternehmer besteht aber keinerlei Bindung in bezug auf die Herabsetzung der Preise, sondern nur eine unverbindliche Zusage. Die Festsetzung der Preise ist ja auch tatsächlich nicht Sache der bei den Schiedspruchverhandlungen beteiligten Unternehmervertreter, sondern Sache

Zum Kampf gehört Pulver! Vergesse den Wahlfonds nicht!

der Eisen- und Stahlartefakte. Vorläufig sind sich aber die Eisen- und Stahlmagnaten über die Höhe und die Form der Preisherabsetzung selbst noch nicht einig. Vorläufig steht weder fest, ob alle oder nur einige Sorten der von der Eisenindustrie hergestellten Produkte von der Preisherabsetzung betroffen werden sollen, ob sie nur für die am Lohn-tarif beteiligten Werke, oder auch für die von ihnen abhängigen Handelsgesellschaften gilt. Was die Werke am Preise nachlassen, könnte auf dem Umwege über die Handelsgesellschaften den Verbrauchern wieder abgenommen werden.

Was: was mit den Löhnen geschehen soll, darüber herrscht Klarheit, was aber die Preise betrifft, so ist alles in ein den Blick des Betrachters trübendes Dunkel gehüllt. Selbst wenn die Unternehmer die von ihnen gemachte Zusage, daß die Eisenpreise über das Maß der Lohnersparnis hinaus abgebaut werden, wirklich erfüllen, auch dann wäre der Vorteil für die Unternehmer sicher, der Vorteil für die Arbeiter aber höchst zweifelhaft. Tritt die erwartete Absatzsteigerung nicht ein, dann haben die Arbeiter und Angestellten die Preisentlung bezahlt und die Unternehmer keine Gewinneinbuße erlitten. Tritt sie aber ein, haben die Eisenmagnaten den Vorteil einer zweifachen Verbilligung der Produktionskosten: einmal durch Ersparnis am Lohn, zum andern durch bessere Ausnutzung des überfertigten Produktionsapparates. Diese Art „Notopfer“ ist in der Tat recht einseitig. Der eine Teil trägt die Kosten, der andere streicht den Gewinn ein. Denn was die Arbeiter angeht, ist nicht der Preis des Eisens, sondern die Rückwirkung der Herabsetzung der Eisenpreise auf die Lebenshaltungskosten. Für die Arbeiter und Angestellten besteht aber nicht die mindeste Garantie, daß eine Herabsetzung der Eisenpreise auch dann, wenn ihr Betrag die Lohnherabsetzung übersteigt, sich in eine Senkung der Lebensmittelpreise, in eine Steigerung des Reallohnes umsetzen wird. Es besteht eher eine Garantie für das Gegenteil, weil Schiele energisch bemüht ist, durch Zollerhöhungen und Agrarsubventionen die Preise der wichtigsten Lebensmittel, die Preise für Eier, für Milch, für Fleisch unter allen Umständen von der Preisentlung auszuschließen.

Nach einer Berechnung, die im Vorwärts Nr. 262 vom 7. Juni angestellt ist, kann bei der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie die Lohnausgabe für 51 Arbeitswochen im Jahre auf 459 bis 597 Millionen Mark geschätzt werden. Das ergibt bei einer Lohnherabsetzung von 7 1/2 Prozent eine Ersparnis von 34 bis 45 Millionen Mark. Der Reingewinn, den die sechs führenden Konzerne der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, Stahlverein, Krupp, Altköner, Hoersch, Gutehoffnungshütte und Mannesmann, für das letzte Geschäftsjahr ausgewiesen haben, beläuft sich auf 97 Millionen Mark. Die Lohnersparnis beträgt also selbst bei der höchsten Schätzung noch nicht die Hälfte des jährlichen Reingewinns. Die ganze Uebung hat also keinen anderen Zweck als den, die Aktionäre auch dann keine Einbuße an ihrem arbeitslosen Einkommen erleiden zu lassen, wenn das Wirtschaftsleben stockt und die Arbeitslosigkeit zunimmt. Durch eine Kürzung der Dividende auf noch nicht einmal die Hälfte könnte bewirkt werden, daß die Preisherabsetzung, anstatt von den Arbeitern und Angestellten, von den Aktionären bezahlt wird. Damit ist die Heberflüssigkeit dieser ganzen Lohnabbauaktion erwiesen.

So wenig die Lohnentlung für die Eisenindustrie ins Gewicht fällt, so bedeutam ist sie für die Arbeiter und für die von ihrer Kaufkraft unmittelbar abhängigen Industrien. Es handelt sich auch für die Schwerindustrie weniger um einen

Gewinn an Geld, als um einen Gewinn an Massenbeeinflussung. Wenn eine notwendige Preisherabsetzung nicht stattfinden kann, ohne daß auch die Löhne herabgesetzt werden, so liegt der Schluß nahe, daß die Höhe der Löhne auch bisher die Senkung der Preise verhindert hat. Es handelt sich also um einen Versuch, die Verantwortung für die Drosselung der Konjunktur durch Kartellwucher vom Trust- und Kartellkapital auf die Arbeiter abzuwälzen. Wie stehen aber die Dinge in Wirklichkeit?

Nach einer Berechnung, die in der Fachzeitschrift „Magazin der Wirtschaft“ Nr. 49 vom 12. März 1929 vorgenommen worden ist, betrug die „Eisensteuer“, d. h. der Tribut, den die Eisenverarbeitende der eisenzeugenden Industrie in Gestalt überhöhter Kartellpreise zu entrichten hat, in den vier Jahren von 1926 bis 1929 nicht weniger als 1 1/2 Milliarden Mark. Dabei ist die Exportrückerstattung berücksichtigt, die die verarbeitende Industrie von der Schwerindustrie erhält. Diese 1 1/2 Milliarden sind nicht etwa der Gewinn der Schwerindustrie, sondern nur der Uebergewinn, d. h. der Betrag, den die verarbeitende Industrie der deutschen Schwerindustrie mehr zahlt, als wenn sie das Eisen vom Ausland beziehen würde. Die deutschen Eisenpreise sind nur 10 bis 20 Prozent teurer als die englischen, um ungefähr 20 Prozent teurer als die französischen.

Die deutsche Erzeugung von Walzwerkprodukten betrug im Monatsdurchschnitt des vierten Quartals 1929 970 300 Tonnen, im April 1930 829 600 Tonnen. Trotz des Rückgangs der Produktion sind aber die Inlandspreise für Walzwerkzeugnisse die gleichen geblieben. Der Preis für Stabeisen z. B. blieb in dieser Zeit mit 141 Mark je Tonne unverändert. Zur gleichen Zeit waren aber die von der eisenverarbeitenden Industrie verwendeten Rohstoffe im Preise sehr erheblich gesunken. Es sanken die Preise für spanische Eisenerze von 20,43 auf 19,92, schwedische Eisenerze von 25,88 auf 24,30, Schrott von 61,35 auf 48,35 Mark je Tonne, während der Preis für Hochofenschlacke unverändert geblieben war. Die Tariflöhne sind seit dem Severingschen Spruch die gleichen geblieben. In der Zeit des Konjunkturrückganges hat also nicht nur keine Senkung der Verkaufspreise, sondern sogar eine Erhöhung der Gewinnspanne stattgefunden. Das gilt nicht für die Schwerindustrie allein, sondern auch für die übrige, besonders für die straff kartellierte Industrie. In den vor einigen Tagen erschienenen Vierteljahrsheften für Konjunkturforschung, die unter Mitwirkung des Statistischen Reichsamtes herausgegeben werden, heißt es in einer Betrachtung über das erste Vierteljahr dieses Jahres:

„Da die Fertigwarenpreise weniger stark gesunken sind als die Rohstoffpreise und die Kreditkosten, hat sich die Verdienstspanne je Verkaufseinheit sogar etwas verbessert.“

Das Institut für Konjunkturforschung unterscheidet zwischen freien und geregelter Preisen. Es versteht unter geregelten die durch Kartellvereinbarung bestimmten, unter freien die nicht dem Kartellzwang unterliegenden Preise. Das Institut kommt zu der Feststellung, daß in der Zeit vom Januar bis April 1930 die Indexziffer der freien Preise industrieller Rohstoffe und Halbwaren von 90,4 auf 85,3 gesunken ist und daß zur gleichen Zeit die gebundenen Preise im allgemeinen unverändert geblieben sind. Die Kartelle haben also das Risiko des Konjunkturrückganges auf die Verbraucher abgewälzt. Sie haben sich ebenso von den Verbrauchern für den Rückgang der Produktion entschädigen lassen, wie sie sich jetzt für den Rückgang der Preise an den Arbeitern schadlos halten wollen.

Trotz der gegenteiligen Behauptung der Unternehmer ist in derselben Zeit, in der ihre Verdienstspanne trotz Rückgangs der Produktion gewachsen ist, das Lohnentkommen nicht gestiegen, sondern sogar gesunken. Nach den vom Institut für Konjunkturforschung gemachten Feststellungen ist in den letzten 12 Monaten keine Erhöhung des den Arbeitern gezahlten Lohnes, sondern eher eine Verminderung erfolgt, und zwar auch dann, wenn man von der gewaltigen Entmenseinbuße durch Arbeitslosigkeit absteht. Zwar sind in dieser Zeit die Tariflöhne der Arbeiter nahezu unverändert geblieben, aber die tatsächlichen Verdienste durch Fortfall der Ueberstundenbeschäftigung kleiner geworden. Die Gehälter der Angestellten sind zwar gegenüber dem Vorjahr gestiegen, es ist aber, wie das Institut sagt, kaum anzunehmen, daß diese Erhöhung groß genug war, um für die Angestellten in ihrer Gesamtheit den Verlust durch zunehmende Arbeitslosigkeit zu kompensieren. Es sind also nicht die zu hohen Löhne, sondern die zu hohen Kartellpreise, die den Rückgang der Konjunktur verschuldet haben. Durch sie ist der Absatz künstlich gedrosselt und das Mißverhältnis zwischen der gewaltig gesteigerten Erzeugungsfähigkeit und der eingeschrumpften Massentaufkraft gesteigert worden.

Der Prozeß der Rationalisierung ist jetzt zu einem gewissen Abschluß gelangt. Auf der Generalversammlung der F. G. Farbenindustrie, die vor einigen Tagen stattgefunden hat, erklärte der Generaldirektor Bosh, daß die derzeitigen Lebensbedingungen der deutschen Wirtschaft keinen Anreiz zu Reinvestitionen geben. Nachdem man solange über Kapitalmangel geklagt hat, findet die Industrie jetzt, wo das Geldkapital reichlicher strömt und immer billiger wird, keine Verwendung dafür. Die Bilanz der Rationalisierung endet also mit einem Uebermaß arbeitsloser Maschinen auf der einen, und mit einem Uebermaß arbeitsloser Menschen auf der anderen Seite. Kann es ein beredteres Zeugnis für den geistigen Bankrott derjenigen geben, die sich stolz „die Wirtschaft“ nennen, als daß sie weder mit den sich um Anlage drängenden Kapitalmilliarden, noch mit den sich um Arbeit drängenden Millionen etwas anzufangen wissen? Es ist der christliche Gewerkschaftsführer Stegerwald, der die Führung bei der jetzt im Gange befindlichen Lohnabbauoffensive übernommen hat. Ihr Sinn ist, den geistigen Bankrott unserer „Wirtschaftsführer“ mit dem Mantel christlicher Liebe zu verdecken. Die Regente dieser Herren haben sich so oft schon als Kurpfuscherei erwiesen, daß die Arbeiterschaft nicht mehr darauf hereinfallen wird.

„Narren und Verbrecher“

München, 11. Juni.
Im Zusammenhang mit dem Verbot von Umzügen in Uniformen sind dem bayerischen Innenminister Stüchel Drohbriefe zugegangen. Die „Bayerische Staatszeitung“ veröffentlicht einen solchen Brief aus Berlin, der die Unterschrift trägt: Die Aufklärungskommission“ und worin dem Minister angekündigt wird, daß seine letzte Stunde nicht fern sei. In einem Brief aus München wird angedroht, daß als Repressalie gegen das Uniformverbot der Frontkämpferschutz unter allen Umständen verhindert werde. Dieser Brief ist unterschrieben „Der Volksgeschütz der Tafel“ (Tannenbergsbund Kampfgemeinschaft). Die „Bayerische Staatszeitung“ erklärt dazu: Mit Narren und Verbrechern wird die bayerische Polizeibehörde, wenn es not tue, fertig zu werden wissen.

Uniformverbot für Nazis in Preußen

Genosse Waentig gegen das Rowdntum

SPD Der Preussische Minister des Innern hat am Mittwoch durch Erlaß an sämtliche preussischen Polizeiverwaltungen das öffentliche Tragen der nationalsozialistischen Parteiuniform verboten. Der Erlaß lautet:

„Auf Grund des allgemeinen Landrechts wird zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit und Ordnung das öffentliche Tragen der sogenannten Parteiuniform der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei einschließlich ihres Unter-, Hilfs- und Nebenorganisationen für den Bereich des Freistaates Preußen verboten.“

Zur Uniform gehören alle Gegenstände, die dazu bestimmt oder geeignet sind, abweichend von der üblichen bürgerlichen Kleidung die Zugehörigkeit zu den genannten Organisationen, insbesondere den sogenannten Sturmabteilungen, Schutzstaffeln und der Hitlerjugend, äußerlich zu bezeichnen, also auch Kleidungs- und Ausstattungsstücke (z. B. Armbinden), die durch bestimmte Form, Farbe, Schnitt usw. ein Merkmal der genannten Organisationen darstellen.“

Ich erlaube alle Polizeibehörden, das Verbot mit allen polizeilichen Mitteln, gegebenenfalls auch durch Androhung und Festsetzung von Zwangsstrafen nachdrücklichst durchzuführen.“

ges. Dr. Waentig.“

Das Verbot der Nazi-Uniform durch den preussischen Innenminister löst in der Berliner Presse allgemein auf einen zunehmenden Widerhall. Ueberraschung hat der Erlaß, der

seit Wochen in Aussicht genommen und vorbereitet wurde, in keinem Lager hervorgerufen.

Die „Germânia“ schreibt zu Waentigs Erlaß: „Sachlich ist das Vorgehen gegen die nationalsozialistische Uniformphobie auf jeden Fall zu rechtfertigen. Man braucht nur auf die zahlreichen Waffensünde bei Nationalsozialisten und auf das Ueberhandnehmen blutiger politischer Zusammenstöße gerade mit Nationalsozialisten hinzuweisen. Die Zustände, die sich in dieser Hinsicht in letzter Zeit gerade mit dem Anwachsen des politischen Radikalismus herausgebildet haben, machen ein Einschreiten des Staates, im Interesse der öffentlichen Ruhe und Sicherheit zu einem unbedingten Erfordernis. Die preussische Regierung darf der Zustimmung aller ersehen und ordnungliebenden politischen Kreise in ihrer einschneidenden, aber selber notwendigen politischen Maßnahme sicher sein.“

Die Bälische Zeitung erklärt: „Der Erlaß des preussischen Innenministers wird für alle, die ein Gefühl für politischen Anstand haben, aufs wärmste begrüßt werden. Das Rowdntum, das sich unter dem Deckmantel der Politik in Deutschland breit macht, hat nicht nur innerhalb Deutschlands verheerend gewirkt, sondern auch das Ansehen der deutschen Republik im Auslande aufs schwerste geschädigt. Aller Voraussicht nach werden sich auch andere Länder — vor allem Baden, Hessen und Braunschweig — in kürzester Zeit dem Vorgehen der preussischen Regierung anschließen.“

Die Rechtsprelle kritisiert natürlich den Erlaß Waentigs. Ihre Kritik ist jedoch auffallend matt und wenig überzeugend.

Carol beruft einen General?

Militärdiktatur in Rumänien?

SPD. Bukarest, 12. Juni.

Das Exekutivkomitee der Nationalgarantistischen Partei hat am Mittwoch in vorgerückter Abendstunde beschlossen, die ihm von Carol II. zugedachte Führung der neuen Regierung nicht zu übernehmen. Manu, der bis zum vergangenen Sonnabend Ministerpräsident war, begab sich nach dem mit seinem Einverständnis gehaltenen Beschlusse sofort zum König und teilte ihm mit, daß er nicht in der Lage sei, den Auftrag zur Regierungsbildung anzunehmen. Wahrscheinlich wird jetzt die Bildung eines Konzentrationskabinetts unter Beteiligung der Nationalgarantisten versucht werden. An die Spitze dieser Regierung dürfte irgendein General treten. Die Militärdiktatur, von der man seit Tagen in Rumänien spricht, gewinnt damit mehr und mehr an Wahrscheinlichkeit.

Spaltung der liberalen Partei?

II Bukarest, 12. Juni.

In einer Sitzung des Volksgeschütztes der Liberalen Partei hielt der frühere Ministerpräsident Bratianu eine scharfe Rede, in der er erklärte, daß die Liberale Partei mit der Wahl Carol's zum König nicht einverstanden sein könne. Die Ausrufung Carol's sei ein Abenteuer, das nicht lange dauern werde. Die Liberale Partei könne sich unter keinen Umständen zu

einem Staatsstreich hergeben. Der frühere König Ferdinand habe seinen Entschluß, den Thronverzicht Carol's anzunehmen, auf Grund schwerwiegenden Materials gefaßt. Der Sohn des verstorbenen Königs Bratianu, Dino, teilte dem Volksgeschütztes mit, daß er mit der Haltung der Liberalen Partei in der Königsfrage nicht einverstanden sei. Er wurde darauf aus der Partei ausgeschlossen. Dino Bratianu will nun mit seinen Freunden eine neue liberale Partei gründen. Der Volksgeschütztes hat einen Aufruf an die rumänische Bevölkerung gerichtet, in dem festgestellt wird, daß es sich bei der Thronübernahme durch Carol um einen Staatsstreich handle, an dem die Liberale Partei keinen Anteil habe. Sie werde an der verfassungsmäßigen Politik festhalten.

Die Sozialdemokraten ließen erklären, daß die Sicherung der Entwicklung zur Demokratie und die Interessen der Arbeiterklasse weit über dem Personenwechsel innerhalb der rumänischen Monarchie ständen.

Carol II. leistete nach seiner Proklamation zum König den Eid auf die Verfassung. Er schilderte dann in einer Thronrede das ihm zugefügte Leid und ver sprach, den Urhebern der an ihm begangenen Ungerechtigkeiten Verzeihung angedeihen lassen zu wollen.

Als die Proklamation und die Vereidigung Carol's II. vollzogen war, trat die Regierung Mironescu zurück. Der neue König nahm sofort Besprechungen mit den Parteiführern auf. Er plant die Bildung eines Konzentrationskabinetts. Inzwischen hat er die nach dem Tode seines Vaters von dem Regentenschatz und dem Ministerrat erlassenen Verordnungen durch ein Dekret als gesetzlich anerkannt.

Rücktritt Moldenhauers?

SPD In der Berliner Börse war am Mittwoch das Gerücht von einem Rücktritt des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer verbreitet. Wie sich auf Nachfrage an amtlicher Stelle ergab, enthält das Gerücht „zur Zeit“ jeder Grundlage. Bei dieser amtlichen Auskunft wird man den Nachdruck auf das Wortchen „zur Zeit“ legen müssen. Denn es ist seit längerer Zeit bekannt, daß Herr Dr. Moldenhauer bereits mehrfach den Rücktritt erwogen hat und sicherlich gerne eine günstige Gelegenheit benützen möchte, um das voreilig angenommene Amt wieder loszuwerden.

Fürsorge für entlassene Strafgefangene. Der Rechtsausschuß des Preussischen Landtags nahm einen Antrag an, in dem das Staatsministerium ersucht wird, die Schaffung von staatlichen Unterkunfthäusern für entlassene Strafgefangene in die Wege zu leiten.

Wahlversammlungen:

Gegen Hakenkreuz u. Bürgerblut

Donnerstag, den 12. Juni, 20 Uhr

Plagwitz

Felsenkeller: Reichstagsabgeordneter Franz Peters, Halle

Böhlen

Gasthof Friedel: Reichstagsabgeordneter Georg Dietrich, Weimar

Böhlitz-Ehrenberg

Große Eiche: Reichstagsabgeordneter Albert Bergholz, Zeitz

Rückmarsdorf

Montag, den 16. Juni, 20 Uhr

Gasthof Sandberg: Richard Kahnt, Thüringischer Landtagsabgeordneter

SPD UNTERBEZIRK GROSS-LEIPZIG.

Kampf gegen die Nazis in Bayern

Hilfer und Fried dürfen nicht reden

SPD München, 11. Juni.

Als Antwort auf das Uniformverbot der bayerischen Regierung will Hilfer, wie er in einem Parteibefehl angeordnet hat, ab 14. Juni zunächst für die Dauer von 8 Monaten die gesamte Kraft seiner Propaganda auf Bayern konzentrieren. Als Auftakt galt eine Zirkusversammlung in München, in der neben ihm selbst auch der Herr Dr. Fried aus Thüringen auftraten sollte mit dem Thema: „Sinweg mit den Unterdrückten des erwachenden Deutschlands.“ Ein anderer Redner, der Bibliothekar des Bayerischen Landtags, Dr. Buttmann, sollte die geschmackvolle Frage behandeln: „Die Schwarzen am Rhein — die Schwarzen in Bayern“, womit die Bayerische Volkspartei und ihre Regierung gemeint ist. Die Polizeidirektion München hat diese Versammlung jetzt verboten, ebenso jede andere Versammlung, die als Ersatz dienen könnte. Das Verbot wird wie folgt begründet: „Die maßlos beleidigende und jeden anständigen Menschen anwidernde Sprache im Zusammenhang mit den hegezeischen Erquissen der nationalsozialistischen Presse in den letzten Tagen läßt erkennen, daß die Versammlung nur darauf abzielte, die Staatsregierung verächtlich zu machen und zum Ungehorsam gegen die von ihr getroffenen Anordnungen aufzuwiegen. Die geplante Versammlung war daher als dem Strafgesetzbuch (§ 110 und 185 Reichsstrafgesetzbuch) zuwiderlaufend zu verbieten.“

Nazi-Demonstration im Gerichtssaal

In Schweidnitz begann am Dienstag die Verfassungsverhandlung gegen 13 Nationalsozialisten, die im September des vergangenen Jahres eine sozialdemokratische Versammlung überfallen und 30 Versammlungsteilnehmer zum Teil schwer verletzt hatten. Als Nebenkläger sind 12 Reichsbannerleute zugelassen, die Hauptopfer des nationalsozialistischen Ueberfalles.

Sämtliche Angeklagte erschienen demonstriert in Hitler-Uniform vor Gericht, obwohl der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor v. Loefen, ausdrücklich vor dem Beginn des Prozesses angeordnet hatte, daß die an der Verhandlung beteiligten Personen ohne Abzeichen erscheinen sollten. Der Staatsanwalt beantragte gegen sämtliche Angeklagten polizeilich wegen Ungehorsams vor Gericht eine Ordnungsstrafe von je 30 Mark. Das Urteil des Gerichts lautete auf je 20 Mark oder 1 Tag Haft. In der Begründung dieses Spruches erklärte der Gerichtsvorsitzende: „Wenn nicht schon Takt und Geschick den Angeklagten gelang haben, daß sie in dem merkwürdigen Aufzug den Gerichtssaal nicht betreten dürften, dann hätten sie zumindest meiner Anordnung Folge leisten müssen. Es liegt offen und eindeutig eine Demonstration vor. Das Gericht muß aber seine Autorität wahren und läßt sich nicht verböhnen.“

Nach diesem bezeichnenden Zwischenfall wurde durch Verlesung der Anklageschrift in die Verhandlungen eingetreten.

Echertwonzenfälscher-Prozess ohne Karumidje

Durch „politische Geschäfte“ abgehalten

L. R. Berlin, 11. Juni.

Der Echertwonzenfälscher-Prozess Sadathieraschwilli und Genossen begann ohne Karumidje. Zur Begründung seiner Abwesenheit erklärte sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Ber, daß sein Klient sich ständig auf Reisen befinde zwischen Konstantinopel, Genf, Paris und Bern, wo er sein Domizil aufgeschlagen habe. Schließlich gingen ihm seine politischen Interessen doch dem Prozeß vor. Man habe ihn durch die pflichtige Anberaumung der Berufungsverhandlung eine allzu kurze Frist gelassen, so sei er außerstande gewesen, seine Dispositionen zu treffen und in Berlin zu erscheinen. Deshalb möge ein neuer Termin nach den Ferien anberaumt werden, dann würde Karumidje erscheinen.

Auch den anderen Angeklagten schien es sehr an der Verfolgung der Verhandlung gelegen zu sein. Sadathieraschwilli und Bell meinten, sie würden sich in Abwesenheit von Karumidje jeder Erklärung enthalten. Für den abwesenden Rechtsanwalt Sad verlag dessen Mandant, der Angeklagte Schmidt, ein Schreiben des Inhalts, daß eine Verhandlung ohne Karumidje eine Behinderung der Verteidigung bedeuten würde. Der gleichen Ansicht war Rechtsanwalt Dr. Menz für den Angeklagten Dr. Weber. Der Frankfurter Buchhändler Böhle hatte dem Gericht ein Entschuldigungsschreiben zukommen lassen: er sei am Erscheinen verhindert. Das Gericht beschloß in Abwesenheit von Karumidje und Böhle zu verhandeln.

In der heutigen Verhandlung kam es nur zu einigen Vorpostengeplänkel: so glaubte Sadathieraschwilli das Gericht und die Anklagevertreter auf deren Frage, w o n e n e r j e t z l e b e, mit der nichtsagenden Antwort „von nichts“ abspesen zu können. Als der Staatsanwalt darauf meinte, seine Antwort sei Quatsch, ging mit Sadathieraschwilli dessen südländisches Temperament durch, er wurde ausfallend. Statt seiner erklärte der Verteidiger: „Von Unterstellungen“. Wer ihn unterstellte, fragte der Staatsanwalt. „Freunde“, meinte kurz angebunden Sadathieraschwilli. Wer mögen nun diese Freunde sein? Georgische oder deutsche Faschisten?

Der Angeklagte Bell beantragte die Stellung eines Pflichtverteidigers. Der völkische Rechtsanwalt Dr. Sachs, der ihn in der ersten Verhandlung verteidigt hatte, verteidigt nun seinen Gegner, den Angeklagten Schmidt. Das Gericht lehnte die Stellung eines Pflichtverteidigers zunächst ab; änderte aber nach der Vernehmung Bells zur Person solchen Beschluß und stellte ihm als Pflichtverteidiger den anwesenden Rechtsanwalt Menz zur Verfügung. Bitter beklagte sich Bell über die feindselige Einstellung der Staatsanwaltschaft ihm gegenüber. So habe sie ihm in der Revisionsbegründung den Vorwurf gemacht, daß er sich als einen Sozialdemokraten bezeichne und gleichzeitig für rechts tätig sei. Bell behauptet zwar, die sozialdemokratischen Ansichten zu teilen, aber er sei nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei.

Die Verhandlung wurde auf Mittwoch vertagt.

Die deutsch-russischen Verhandlungen

Der Soz. PresseDienst berichtet:

Die nunmehr schon seit Monaten geführten deutsch-russischen Verhandlungen über politische Differenzen zwischen Deutschland und Rußland kommen nicht vom Fleck. Die russische Regierung hat bisher eine bestimmte Zusage der Art, daß russische Regierungsbehörden sich künftig nicht mehr in innerdeutsche Verhältnisse einmischen und die Förderung der kommunistischen Propaganda in Deutschland unterlassen, abgelehnt. Auch sonst versucht die bolschewistische Regierung, Deutschland mit nichtsagenden mündlichen Erklärungen abzuspeisen. Sie verfolgt nach wie vor die Taktik, die Beziehungen zur deutschen Republik einseitig auf Kosten Deutschlands auszunutzen. Bleibt die russische Regierung bei ihrer bisher gezeigten Starrköpfigkeit, dann wird über kurz oder lang nicht anderes übrig bleiben, als die Verhandlungen als ergebnislos abzubrechen und daraus Konsequenzen, vor allem wirtschaftlicher Art, zu ziehen. W o r e r t i s t e s j e d o c h n i c h t s o w e i t. Die Verhandlungen, daß die Bepfändungen des deutschen Volkstatters in Moskau mit der Sowjetregierung „vorausichtlich ergebnislos sind“, eisen den Taktischen voraus.

Das Auswärtige Amt wird über den gegenwärtigen Stand der deutsch-russischen Verhandlungen voraussichtlich am Donnerstag ein offizielles Kommuniqué veröffentlichen.

Polnisch-russische Grenzzwischenfälle

Nach Meldungen der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion aus Minsk ist es in dem wehrlosen Abschnitt der russisch-polnischen Grenze in letzter Zeit mehrfach zu Zusammenstößen mit polnischen Grenzsoldaten gekommen. Soldaten der Roten Armee wurden festgenommen, verwundet oder gar ermordet. Die Presse in Minsk berichtet, daß in der Gegend von Timkowitz neuerdings wieder ein russischer Soldat durch Schüsse von polnischer Seite verwundet worden ist. Im Gefängnis in Wilna befindet sich seit November vorigen Jahres ein von polnischen Grenzsoldaten festgenommener russischer Soldat, der trotz seiner von einer gemischten Grenzkommission abgegebenen Erklärung, er habe die Grenze nur zufällig überschritten, bis jetzt nicht freigelassen worden ist. Die Presse verweist darauf, daß in allen diesen Fällen die Vertreter Polens es bis jetzt, entgegen dem Abkommen über die Regelung von Grenzzwischenfällen, abgelehnt haben, gemeinsam mit Vertretern der Sowjetunion eine eingehende Untersuchung der Vorfälle vorzunehmen.

Polnisches U-Boot fertiggestellt

II Paris, 11. Juni.

In Blainville bei Le Havre fand am Dienstag der Stapellauf eines Unterseebootes statt, das für Polen bestimmt ist. Es hat eine Wasserverdrängung von 800 Tonnen über Wasser und 1250 Tonnen unter Wasser und ist mit einer 100-Millimeter-Kanone, einem 40-Millimeter-Flugzeugabwehrgeschütz und sechs Torpedo-Rangierrohren bestückt. Die Besatzung beträgt 42 Mann und 4 Offiziere.

Sionistenkundgebung in Warschau

In Warschau fand am Mittwoch eine große Kundgebung der jüdischen Sionisten gegen die englische Palästina-Politik statt. Um 18 Uhr wurden zum Zeichen des Protestes gegen die Sperrung der jüdischen Einwanderung nach Palästina in den jüdischen Stadtvierteln fast sämtliche Läden geschlossen. Ein Demonstrationszug von über 10 000 Sionisten zog durch die Straßen Warschaws. Die englische Gesandtschaft wurde von einer starken Polizeikette umstellt, um etwaigen unstillbaren Zwischenfällen vorzubeugen.

Finanzskandal in Frankreich

7 Milliarden Frank verschwunden

SPD Paris, 11. Juni.

Der Berichterstatter der Finanzkommission der Kammer hat festgestellt, daß aus den Reserven des Schatzamtes sieben Milliarden Frank verschwunden sind. Die Mitteilung darüber hat in parlamentarischen Kreisen eine Bestürzung ausgelöst, deren Rückwirkungen auf politischem Gebiet vorerst noch nicht abzusehen sind.

Die Vorgeschichte der Affäre hängt aufs engste mit Tardieus berühmtem „amerikanischen Milliardenprojekt“ zur Hebung von Handel, Industrie und Landwirtschaft zusammen. Man erinnert sich, daß seit dem Ende des Poincaré'schen Regimes in Frankreich eine steigende Unzufriedenheit mit der Sparpolitik der Regierung sich geltend machte, die, anstatt die aus den Steuereinnahmen erzielten Milliardenüberschüsse zu produktiven Zwecken zu verwenden, das Geld dem Staatsfiskus zuführte und als tote Reserve liegen ließ. Diese Politik des „Chéron'schen Sparstumpfes“ führte seinerzeit zum Sturz des ersten Kabinetts Tardieu, da das Parlament sich weigerte, die Politik Chéron's weiter mitzumachen und der gestürzte Finanzminister das ganze Kabinett mit sich riß. Als Tardieu das zweitemal ans Ruder kam, überraschte er das Land mit der Erklärung, die Regierung werde die angesammelten Reserven — sie wurden von Chéron auf 19 Milliarden Frank beziffert — im Rahmen eines Rechenprogramms zur Hebung von Handel, Industrie und Landwirtschaft und zur Befruchtung des gesamten Wirtschaftslebens Frankreichs verwenden. So entstand das berühmte Milliardenprojekt Tardieus, für das ursprünglich Ausgaben in der Höhe von fünf Milliarden vorgesehen waren, die nach und nach

bis auf 17 Milliarden Frank erhöht worden waren. Zwar war die Idee nicht ganz neu — sie war genau genommen ein Klugst, das sich verschiedene, seit längerer Zeit von Sozialisten und Radikalen ausgearbeitete Forderungen und Pläne zuneigte machte. Trotzdem ließ sich nicht leugnen, daß Tardieu durch das Aufgreifen des Wirtschaftsproblems der Linken seine Popularität sehr verstärken konnte. Tardieu war auch ganz der Mann dazu, den fremden Federn, mit denen er sich schmückte, den Glanz einer großzügigen amerikanischen Reskame zu verleihen.

Der Gelehtwurf über das Milliardenprojekt der Regierung wurde also der Finanzkommission zur Behandlung übergeben, die am Mittwochvormittag mit der Beratung begann, und da schlug die Bombe ein. In seinem Bericht über den Entwurf erklärte der Bericht der Kommission, Abg. Chappedelaine, daß das Projekt in der von der Regierung eingebrachten Form nicht durchführbar sei, da die Mittel dazu nicht vorhanden sind. Denn das französische Schatzamt besitze nicht, wie die offiziellen Ziffern Poincaré's, Chéron's und Tardieus behaupten, eine Reserve von 19 Milliarden Frank, sondern lediglich 12 Milliarden! Wo die fehlenden sieben Milliarden hingekommen sind, das weiß er nicht — vielleicht werde der Herr Finanzminister darüber nähere Auskunft geben können.

In begreiflicher Erregung versammelte sich am Mittwochnachmittag die Finanzkommission zum zweitenmal, um aus dem Munde des Finanzministers Reynaud die Lösung des Rätsels zu erfahren. Dieser blieb die Auskunft aber schuldig. Er sprach von gewissen Zuwendungen und Zuschüssen an das Budget, die von Herrn Chéron teils nicht gerechnet, teils in ihrer Höhe wesentlich unterschätzt worden waren. Der Kommission war mit diesen Aufklärungen, die keine sind, begreiflicherweise ebenso wenig gedient wie der Öffentlichkeit, der diese geheimnisvollen Vorgänge übrigens durch die Presse vorläufig verschwiegen werden.

Schluss in Bordeaux

Kongress der Sozialisten Frankreichs

SPD Bordeaux, 12. Juni.

Der Sozialistenkongress ist am Mittwochabend mit der einstimmigen Annahme der Schlusresolutionen beendet worden. Gewiß, so erklärt am Donnerstag der „Populaire“, werden auch in Zukunft verschiedene Auffassungen über die Taktik und die Aktion der Partei bestehen bleiben. Aber die Einstimmigkeit der Entschlüsse von Bordeaux zeigt, daß die französische Sozialistische Partei alle diejenigen zu einem unerschütterlichen Block zusammengeschweißt hat, die das kapitalistische Regime nicht anzunehmen gesonnen sind. Selbst die bürgerliche Presse zeigt sich von dem Ergebnis des Parteitages in Bordeaux beeindruckt.

Zunächst wurde auf Antrag Léon Blum's der Geschäftsbericht des bisherigen Vorstandes „voll und ohne Reserven“ gutgeheißen. Mit Genugtuung, so erklärt die Entschlüsse, sei festzustellen, daß die Politik nach dem Willen der Parteimehrheit geführt worden sei, der Partei mehr Anhänger, dem „Populaire“ mehr Leser sowie wiederholte Wahlerfolge gebracht habe. Was die künftige Waktaktik angehe, so bleibe die Formel des Pariser Parteitages von 1927 unverändert bestehen, d. h. es werde den Lokalverbänden überlassen, ihre Kandidaten im zweiten Wahlgang zurückzuführen zugunsten desjenigen Linkskandidaten, der am meisten Aussicht hat, die Reaktion aus dem Felde zu schlagen.

Die zweite Entschlüsse billigt die Haltung der Parlamentsfraktion und betont, daß es ihr überlassen bleibe, nach wie vor die Kandidaten für die Kammerpräsidentenschaft und für die Budgetberichterstattung zu bestimmen. Im Falle von Zweifeln allerdings sei der Parteivorstand anzurufen, denn niemals könne die Parlamentsfraktion eine Mitverantwortung für die bürgerliche Militärorganisation übernehmen.

Die dritte Entschlüsse fixiert die Agrarpolitik der Partei. In ihr wird betont, daß der Sozialismus nach wie vor dahin strebe, den faulen Großgrundbesitz zugunsten des eigentümlichen ländlichen Arbeiters zu enteignen. Er sehe es aber als seine gebieterische Pflicht an, dem kleinen und mittleren Grundbesitzer, der sein Land selbst oder mit Hilfe weniger Lohnarbeiter bearbeite, in seinem Besitz zu belassen.

Eine vierte Resolution protestiert gegen die Maßregelungen der Postbeamten nach dem letzten Streik und die Eingriffe der Regierung in das Koalitionsrecht der Beamten.

Zum Schluss wurden noch die 33 Mitglieder des neuen Parteivorstandes gewählt. Der rechte Flügel (Renaudel) hatte ursprünglich gefordert, mit 14 Mann vertreten zu sein. Er begnügte sich aber schließlich mit 12 Sigen. Die übrigen 21 Mitglieder werden von der Mehrheit gestellt. Unter den Vertretern der Mehrheit fungieren Léon Blum, Paul Faure, Brade, Compère-Morel, Lebas und Zyromski, unter denen des rechten Flügels Renaudel, Grumbach, Ury, Salengro und Kahn.

Zuwachs für die Sozialistische Internationale

W. In Lodz fand ein Kongress der polnischen Arbeiterpartei „Bund“ statt, auf dem beschlossen wurde, der Sozialistischen Internationale beizutreten. Genosse Ehrlich, Mitglied des Parteirats, äußerte sich hierzu wie folgt: „Der Beitritt ist nach langen inneren Kämpfen zustande gekommen. Das Pariser Büro der revolutionären sozialistischen Parteien, dem der „Bund“ bisher angehörte, hat sich als zu schwach für seine Ziele erwiesen. Die Einheit der Arbeiterbewegung kann nur durch gemeinsame organisierte Verbundenheit erreicht werden. Wir verkennen nicht die Mängel der Internationale, um so mehr, als der „Bund“ Anhänger des revolutionären Sozialismus ist. Aber wir sehen in der Sozialistischen Internationale, nachdem die kommunistische Internationale vor dem Zerfall steht und keine einzige kommunistische Partei von einer schweren Krise verschont geblieben ist, die einzige sozialistische Organisation, die ihren Anhängern die ideale Freiheit bewahren läßt. Wir hoffen, daß unser Beitritt auch zu der Konsolidierung des sozialistischen Lagers in Polen beitragen wird; der „Bund“ ist stets für die Zusammenarbeit der polnischen Sozialisten mit den Sozialisten der Minderheiten in Polen eingetreten. Diese Zusammenarbeit wird nach unserem Beitritt um so besser vonstatten gehen, zumal sie gerade im Zeitpunkt des gegenwärtigen Kampfes mit der Diktatur, die die Anspannung aller Kräfte des polnischen Proletariats erfordert, besonders notwendig ist.“

Auflegung der Young-Anleihe

Keine Mittel für Wirtschaftskurbelung

SPD Die Bankierkonferenz in Paris hat sich endgültig über die Auflegung der Younganleihe geeinigt. Die Anleihebedingungen sind selbstverständlich günstiger als die der Dawesanleihe von 1924, was mit den Veränderungen auf den Kapitalmärkten, weiter aber auch damit zusammenhängt, daß das Vertrauen der internationalen Finanz zur deutschen Wirtschaftskraft im Laufe der Jahre gestiegen ist. Auch das ist ein Erfolg der insbesonderen von der Sozialdemokratie gestützten Reparationspolitik. Der Zinssatz der Dawesanleihe beträgt bekanntlich 7 Prozent, während die Younganleihe nur mit 5,5 Prozent verzinst wird. In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß die Bedingungen der Mobilisierungsanleihe für die künftigen internationalen Anleihen Deutschlands richtunggebend sein sollen. Die Mobilisierungsanleihe ist auch mit 100 Prozent zurückzuzahlen; bei der Dawesanleihe muß dagegen der amerikanische Anteil mit 105 Prozent zurückgezahlt werden.

Große Schwierigkeiten hat bei den Verhandlungen der Bankierkonferenz die Konstruktion der Anleihe gemacht. Die Anleihe wird in einem Nennwert von 350 Millionen Dollar ausgegeben, so daß sich bei den festgelegten Ausgabekursen ein Betrag von 300 Mill. Dollar ergibt. Der Emissionskurs der Anleihe ist auf 90 Prozent festgesetzt, mit Ausnahme der in Frankreich zu zahlenden Rate, für die der Emissionskurs 98 Prozent beträgt. Der uneinheitliche Ausgabekurs erklärt sich durch die besonders günstigen französischen Geldmarktverhältnisse. Die Differenz im Ausgabekurs von 8 Prozent soll dem französischen Staat zugute kommen, der für den französischen Anteil Steuererleichterungen zugesichert hat. Die Uebernahme der Anleihe durch die Banken erfolgt zu 86 Prozent.

Von dem Anleiheerlös erhalten die Deutsche Reichsbahn und die Reichspost 100 Millionen Dollar. Um Doppelzahlungen Deutschlands bei den Reparationsleistungen zu vermeiden, werden die zum Anleiheerlös erforderlichen Beträge von der ungeschützten Annuität abgezweigt und die von Deutschland zu zahlende ungeschützte Annuität um den Teil des Anleiheerlöses verkleinert.

Leider kommt der auf Deutschland entfallende Anleiheerlös der Wirtschaft nicht sofort zugute. Weder die Reichsbahn noch die Reichspost werden, entgegen früheren Meldungen, die ihnen zustehenden Mittel aus der Mobilisierungsanleihe direkt zur Arbeitsbeschaffung an die Wirtschaft weiterleiten. Die Reichsbahn erklärt, daß die eingehenden Beträge bringend für die Vermögensrechnung der deutschen Reichsbahn benötigt werden, während die Reichspost die ihr zustehenden 100 Millionen Mark ihrem Postsparkonto zuführen wird, dem sie entsprechende Beträge entnommen hat. In beiden Fällen wäre eine Verwendung der Anleihe direkt für die Auftragsvergebung an die Wirtschaft möglich. Das gilt besonders für die Reichsbahn, die ihre übersteigerte Reservierpolitik forsicht. Man wird sich über die Verwendung des Anleiheerlöses bei Bahn und Post noch zu unterhalten haben. Hinter der Anleihe steht das ganze Deutschland, und das Land hat das Recht zu fordern, daß der Anleiheerlös so angelegt wird, daß er zur Ueberwindung der fürchterlichen Wirtschaftskrise beiträgt.

Die Spionage-Seuche

DE Warschau, 11. Juni.

Der im Verlauf der Untersuchung des Zwischenfalls von Neuhöfen verhaftete deutsche Landwirt Fude wird dem Gericht unter der Anklage des Landesverrats und der Spionage zugunsten Deutschlands übergeben werden. In Gardeja an der Grenze mit Ostpreußen hat die polnische Polizei einen gewissen Kudacki verhaftet, dem Spionage zugunsten Deutschlands zur Last gelegt wird. Auch er soll mit der Neuhöfener Angelegenheit im Zusammenhang gestanden haben. In Vemberg sind fünf Personen verhaftet worden, die Spionage zugunsten Sowjetrußlands getrieben haben sollen.

In Zusammenhang mit dem Grenzzwischenfall in Neuhöfen ist der ehemalige Lehrer Lucht aus Jisau (Kreis Flatow) unter Spionageverdacht verhaftet worden. Lucht war bereits im vergangenen Jahre unter dem gleichen Verdacht verhaftet, mußte dann aber wegen Mangels an Beweisen wieder freigelassen werden. Nun soll sich das Material gegen ihn bereit vertrieben haben, daß seine abermalige Verhaftung erfolgte. Wie zuverlässig verläutet, ist zur gleichen Zeit auch in Schneidemühl eine Verhaftung wegen Spionageverdachts erfolgt.

Wie der Warschauer „Dzien Półki“ meldet, plant der ehemalige polnische Finanzminister Czechowicz die Gründung einer neuen demokratischen Partei.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Debes in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Hugo Schönbach in Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchverlag Aktiengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Palmen-Garten

Berühmtes Palmenhaus — Blumenparterre
Heute nachmittag bei günstiger Witterung
Konzert auf der Terrasse
Abends ab 8 Uhr im gr. Festsaal vornehmer
Gesellschafts-Ball
Tanzen frei — Abonnenten frei
Morgen freier Tag

P

Rheingold-Festsäle

Hotel
Eisenbahnstraße 131b
Besitzer: Paul Knöbel
Telephon 60138
Morgen
Freitag: **Großes Elite-Gartenkonzert und Ball**
verbunden mit großem Spargelessen.
Bei ungünstiger Witterung Konzert im Festsaal.
Alle Gäste, Freunde und Gönner des Hauses sind hierzu freundlich eingeladen.
Paul Knöbel und Frau.
Straßenbahn 2, 3, 4, 17, 22, 23

HERSTELLUNG
VON KATALOGEN
ZEITSCHRIFTEN
U. BROSCHÜREN
LEIPZIGER
LEIPZIGER
LEIPZIGER
BUCHDRUCKEREI AG.
LEIPZIGER
PLAKATEN UND
PROSPEKTEN, EIN-
UND MEHRFARBIG
FERNRUF 72206



Eine pikante, lustige Gesellschaftssatire mit zündenden Schlagern von Robert Stolz und Fritz Rotter:

„Ich hab' bei der Trude das Küsen studiert“
„Ihr reizenden Frauen, nach mir war't ihr verrückt!“
„Heute nacht eventuell komm' ich zu Dir...“

Uraufführung heute Donnerstag
400 645 815 — Einlaß 330

UT. Hainstr. 19

Für Jugendliche verboten

Nestler, Eisenbahnstraße 99
an der Elisabethstraße
Tapeten — Spottbillig
Linoleum — Spottbillig
Wachstuche — Spottbillig

Neues Operettentheater

Teleph. 22484. Dir. Dr. Eckert.
Täglich 8 Uhr
(Sonntag nachm. 3½ Uhr zu erm. Pr.)
Wieder ein grosser Erfolg!
„Eine Nacht in Kairo“
von Jean Gilbert
mit Elso Kochmann a. G. u. Hermann Wolder
Plakatkarten haben täglich Gültigkeit.
Vorverkauf von 10 bis 1½ u. ab 6 Uhr



Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut (Kunststelle)

Neues Theater. Montag, 16. Juni, 19.30 Uhr: **Fidelio**.
Altes Theater. Dienstag, 17., und Mittwoch, 18. Juni, 20 Uhr: **Wie wird man reich?**

Komödienhaus

(früher Ballenberghaus)
Faulbacher Str. 32. Telefon 276 29
Täglich 8½ Uhr
Gastspiel Walter Gravenitz
„Hurra — ein Junge!“
Pressestimme:
Jubiläer, brüllender, schreiender Erfolg
An der Abendkasse zahlen 1-4 Pers.
gegen Abgabe dieser Annonce nur
Mk. 1.50, 1.25, 1.00, 0.75 und 0.50

Grüne Schänke

Jeden Freitag **Ball**
Stadt Lützen Freitag und Sonntag **Ball**

Bauernschänke?

Nikolaistraße 10
bei Onkel Emil
Stimmung / Gaudi / Humor

Weißer Wand

Heute bis Sonntag ab 5 Uhr
Carlo Aldini
Wer hat Robby gesehen?
Ferner:
Eisensteins
gewaltigster Revolutionsfilm
10 Tage, die die Welt erschütterten
und das weitere glänzende
Beiprogramm
Anfangszeit eines jeden Filmwerkes
5, 6.15, 7.20 und 8.35 Uhr

Der ständig steigende Umsatz unserer genossenschaftlichen Zigarettenfabrikate ist ein Beweis zunehmender Beliebtheit

GGG-Zigaretten

„Spezialität“ Sumatra-Java, leicht 8 Pfg.	„Capitano“ Brasil, kräftig 15 Pfg.
„Norma“ Nr. 101 10 Pfg.	„Maxima“ Sumatra-Java 15 Pfg.
„Optima“ Sumatra-Java, leicht 10 Pfg.	„Unser Schlager“ Sumatra-Java, Brasil, leicht 15 Pfg.
„San-Felix-Brasil“ kräftig 12 Pfg.	„Hansa-Berle“ Brasil, kräftig 20 Pfg.
„Regina“ 12 Pfg.	„Elita“ Sumatra-Java, sehr fein 20 Pfg.
„Konsumstolz“ Sumatra-Java 12 Pfg.	„Unitas“ Sumatra-Java 20 Pfg.

GGG-Zigarillos	GGG-Rauchtabak
„Sandarbeit“ Sumatra-Sandblatt, ff. Aroma 7 Pfg.	in großer Auswahl
„Herma“ Borneo, St. Felix, Sabanna, feine Qualität 8 Pfg.	GGG-Rauttabak
„Sonja“ Borneo, St. Felix, Sabanna, feine Qualität 10 Pfg.	stark, mittel, schwach, Rolle 15 Pfg.

Konsumverein

Leipzig-Plagwitz u. Umg. - G. G. m. b. H.

Abgabe nur an Mitglieder

KAUFHAUS BRÜHL

Unsere
Lebensmittel
sind immer vorzüglich u. billig!

Rindsgulasch	Pfund	1.10
Kalbspfefferfleisch	Pfund	95
Gehacktes Rind	Pfund	90
Schweinekleinfleisch	Pfund	35
Schweinsköpfe	Pfund	45
Schinken gekocht	½ Pfund	50
Blut- und Leberwurst	1 Pfund	75
Bayrische Bierwurst	1 Pfund	1.58
Rheinischer Preßkopf	1 Pfund	1.78
Cervelat-u. Salamiwurst	1 Pfund	1.95

Holsteiner Molkereibutter	1 Pfund	80
Unsere Spezialmarke	1 Pfund	72
Camembert-Käse	1 Pfund	42
Harzer Käse	1-Pfund-Kiste	28
Altenburger Ziegenkäse	1 Pfund	47
Margarine	1 Pfund	60

Himbeersyrup	Pfund	58
Citronenmost	Pfund	70
Orangeade ungefüllt	Pfund	85
1929er Welgesheimer Wolfskraut	Inkl. Flasche	95
1928er Gau-Algesheimer	Flasche	95

Weizengrieß	1 Pfund	27
Hartgrieß-Makkaroni	1 Pfund	45
Vollreis	4 Pfund	90
Ceylon-Tee	¼ Pfund	1.00
Kaffee täglich frisch geröstet	½ Pfund	1.00

Gelee-Früchte in Collophan-Pack	1 Pfund	50
Mürbchen	1 Pfund	65
Nußbrot	1 Pfund	75
Pfefferminz-Pralinen	1 Pfund	95
Vollmilch-Schokolade	1 Pfund	1.00

Portug. Olsardinen	Dose	45
Geräuch. Lachs in Scheiben	Dose	48
Brislinge in Tomat.	Dose	48
Bratheringe in Champignon-Sauce	Dose	45
Erdnußöl feinestes	Pfund	78

Schweinekleinfleisch	Dose ca. 1 Pfd.	60
Leberwurst	Dose ca. 1 Pfund	80
Hammelfleisch mit Reis Pfd., Dose	1 Pfund	90
2 Paar Würstchen	1 Pfund	1.00
Kassler Rippenspeck	1 Pfund	1.25

In unser. Erfrischungsraum reichhaltiger Mittagstisch von 80 an

Der Arbeitsmarkt im Mai

Nachlassen selbst der geringfügigen Entlastung

Die Entlastung des Arbeitsmarktes — wenn man davon überhaupt sprechen kann — hat wieder abgenommen. Erschütternd ist der Bericht der Reichsanstalt: einem Rückgang in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung um nicht ganz 80 000 in der zweiten Halbjahrhälfte — gegenüber 130 000 im vorigen Berichtsdritt — steht ein verstärkter Zuwachs der Krisenunterstützten um rund 15 000 gegenüber. Auch die Zahl der Arbeitslosen hat nur um rund 63 000 abgenommen, also ebenfalls weniger als in der ersten Halbjahrhälfte.

In der Arbeitslosenversicherung wurden am 31. Mai 1 550 000, in der Krisenunterstützung 3 383 38 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Gegenüber dem Vorjahr, wo zur gleichen Zeit die beiden Unterstützungseinrichtungen zusammen von etwa 1 011 000 Hauptunterstützungsempfängern in Anspruch genommen wurden, ergibt

sich mithin eine Ueberlagerung von rund 875 000 (am 15. Mai rund 826 000) Unterstützten.

In verfügbaren Arbeitsjahren Ende Mai bei den Arbeitsämtern noch rund 2 680 000 gemeldet. Hieron müssen, nach Abzug der noch in getätigter oder ungeklärter Stellung oder in Notstandsarbeiten Befindlichen, rund 2 037 000 als arbeitslos gelten. Der Unterschied dieser Zahl gegenüber dem Vorjahre, der Mitte Mai etwa 1,2 Million betrug, ist auf beinahe 1 290 000 angewachsen.

Anzeichen für ein Nachlassen der Depression, die auf der Wirtschaft lastet, sind bis jetzt weder aus den Gesamtzahlen noch aus den Berichten über die einzelnen Berufsgruppen zu entnehmen. Die geringfügige Entlastung entfällt wiederum fast ausschließlich auf die Saisonarbeitskräfte. Unter diesen ist die Landwirtschaft mit einer verhältnismäßig geringen Nachfrage vertreten. Soweit das Baugewerbe Zeichen einer Belebung aufwies, beschränkte sich diese Erscheinung im wesentlichen auf einzelne ländliche Bezirke. Der städtische Wohnungsbau verlangte Arbeitskräfte fast nur für ganz kurzfristige Beschäftigungen und lag im übrigen nahezu still, ebenso wie die Bautätigkeit der öffentlichen Hand und der Industrie.

Die litauische Schreckensjustiz

Das Kreisgericht in Schaulen verurteilte den Sozialdemokraten Mijulis, der vor einigen Jahren bei seiner Verhaftung einen Polizeibeamten erschossen hatte, zu lebenslänglichem Zuchthaus. Mijulis war nach Lettland geflüchtet, wo er als politischer Emigrant lebte. Trotz der lebhaften Proteste der lettischen Sozialdemokraten wurde Mijulis, vor kurzem den litauischen Behörden ausgeliefert. Der Führerunternehmer, der Mijulis bei seiner Flucht über die Grenze behilflich war, wurde zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte. Heute: Königsberger Kloos mit Kartoffeln 75. Hausgericht: Tagessuppe und Bratwurst mit Spinat und Kartoffeln 90. Morgen: Leberknödel mit Sauerkraut und Kartoffeln 1,00. Ab 18 Uhr: Schweinsknochen mit Meerrettich und Klößen 1,10. Hausgericht: Tagessuppe und gebackene Kalbsbrust mit Salat 90.

Stellenangebote

Kräftigen Schuljungen (Radf.) a. Wegelauf, sucht P. Hoppe Nachf., Lindenau, Josephstr. 1.

Verkäufe

Damen-Mäntel, Complete, Kostüme verkauft billig Brocher, Brühl 4, 1. Stock

Monats-Garderoben

verf. Schneid. gearb. Anzüge, Paletots, Frocks und Smoking, kauft man spottbill. im Tagesgeschäft. Menaisse Bindefeld, Dainstraße 15, 1.

Verleih-Institut

Sonnab. v. 7 geöff. Ein-u. Verkauf-Gesch.

Herrn-Anzüge

Ullster, Trenchcoats, Windjacken, Hosen verkauft billig Brocher, Brühl 4, 1. Stock

Original Mosberg

Maurer- und Zimmerer-Hosen extra stark Eckardt, Sophienstraße 10

Von Herrsch. wenig

gehr. Herr- u. Dam.-Garderobe Maßarbeit low, neue Garber, zu sehr bill. Preis. Frack-, Gehrock- u. Smoking-Anzüge zu bill. verliehen. Salomon Friedmann, Ranstädter Steinweg 13, 1. Ein- u. Verl.-Zentr.

Schokoladen-Spezial

Rudolf Thiele, L.-S. 3, Bornaische Str. 42.

Kleiderschränke, 56-240 RM

Schrank-Schröter, Pl., Schmiedelstr. 7.

Total-Ausverkauf wegen Geschäfts-Aufgabe

Reformbett., Kinderbett., Auflagen, Kinder-, Klapp- u. Puppenwagen, s. T. 50% ermäßigt Thomaststr. 11

Schlafbettm. Matratze

f. 15 RM, zu verkaufen, Probstr. Str. 91 II r.

Billige Betten

Doppelbett 28,00 RM, Kissen 7,50 RM, E. Heidorn, Otto-Schill-Str. 2.

Auf Kredit Schränke

mit kleiner Abzahlung, Hans Hoffmann, Salmstraße 10, 1. Stock

Radio-Anlage

Neu oder Batterie, billig zu verkaufen, Grimmaische Str. 8, II

Auf Kredit Bettstellen mit Matratzen

mit kleiner Abzahlung, Scherbel, Markt 2 (Matthausfelde)

Schokoladen, neue

zu verkaufen, Grimmaische Str. 8, I.

Auf Teilzahlung! Schlafzimmer

Speisezimmer, Küchen, Möbelhaus Poll, Eutritzer Markt, Straßenbahn 14, 16, 21

Sprechmaschine, Schrank, Schatulle od. Koffer n. Wahl zu verk.

Grimmaische Str. 8, I.

Ein mittl. Eisschrank

1 Dezimalwaage 1000kg, zu verk. Leipzig W 32, Thälertstr. 57 I Mitte, Endstation Linte 1.

Kaufgesuche

Ramillen, fürs gewässert u. aut trocken, f. jede Menge, Möhrenapotheke, 2. Meißelstr.

Diverses

Welch. tierlieb. Familie, nimmt Hundchen auf? Steuerw. bei Borort, weiß St. nied. bevors. Off u. 100 Fil. Reitz. Str.

Haarschneiden

halblang 70 u. 80, kurz 50 u. 60, Sternwartenstraße 20, Ecke Nürnberg. Str.

Kluge Herren

stad schon längst meine Kunden. Sie wissen, daß sie für den geringen Betrag von Mk.

29.- od. 39.- einen tadellosen Anzug aus Ihrem Stoff bekommen.

H. Weigler, Jakobstraße 6, p. (3 Min. v. Alt-Theater)

Immer gut u. preiswert!

- Neue Kartoffeln 2 Pfund = 25
- Matjes Heringe 2 Stück = 25
- Salat Oel Pfund 50
- Frühstückskäse Rolle = 5 Stck = 50
- Pflaumen m. Stein 1/2 Kilo Dose = 50

Frisch-Fleisch erster Klasse	
Rindfleisch	Schweinefleisch
Brust Pfund 1,00	Fettes z. Ausbrat. Pfd. 65
Querrippe Pfund 1,10	Bauch, mager . . . Pfund 95
Schmorfl. oh. Kn. Pfund 1,60	Keule Pfund 1,20
Rouladen Pfund 1,70	Kamm Pfund 1,50
Kalbfleisch	Hammelfleisch
Brust Pfund 1,20	Ragout Pfund 1,10
Kamm Pfund 1,20	Bauch Pfund 1,20
Wickelbraten . Pfund 1,30	Rücken Pfund 1,40
Keule Pfund 1,50	Keule Pfund 1,50

Pfefferfleisch . Pfund 95	Gehacktes, gemischt Pf. 70
Gulasch Pfund 1,00	Gehacktes Rind Pfund 90

WURSTWAREN	SPORTKONSERVEN
Schinken, gekocht 1/2 Pfund 50	Hockwürste, 3 Stück Dose 50
Rotwurst Pfund 75	Lungenhaschen 65
Hausmacher Sülze . Pfund 95	Königsberger Flecke 65
Fotter Speck Pfund 98	Makkaroni m. Schinken . 80
Knoblauchwurst . . Pfund 1,08	Bohnen m. Hammelfl. . . 1,00
Zwiebelwurst Pfund 1,10	Kassler Rippenchen 1,00
Schwarzfleisch . . . Pfund 1,48	Dicke Erbsensuppe 1,00
Hsschl. Blut-u. Leberw. Pf. 1,60	Ochsenfleisch i. eig. Saft . 1,00
Plockwurst Pfund 1,70	Eisbein i. Aspick 1,25
Zervelatwurst Pfund 1,95	Brschw. Würstchen 6 Paar 1,38
Brschw. Teewurst . . . Pfund 2,20	Serbisches Reisfleisch . . 1,40
Brschw. Kalbsleberw. Pfd. 2,20	Ragout fin 1,40

Lebensmittel

KOLONIALWAREN		KONSERVEN	
Vanillezucker . . . 5 Beutel 18	Kartoffelmehl . . . Pfund 20	Junge Schnittbohnen 1/2-Kilo-Dose 50	Junger Kohlrabi i. Scheiben 50
Gerste, gebrannt . . Pfund 20	Vollreis Pfund 22	Gemüse-Erbsen 50	Erbsen mit Karotten . . . 50
Pudding-Pulv. 1/2-Pfd.-Pak. 25	Haferflocken Pfund 28	Rote Beete 72	Sellerie i. Scheiben 1,00
Essig-Essenz, wß. u. br. Fl. 70	Maispuder Pfund 32	Zweischen, sauer/süß . . . 95	Mirabellen 1,00
Schokoladenpulver Pfund 95	Eispulver Pfund 1,30	Preißelbeeren 1,00	
ERFRISCHUNGEN	DIVERSE WEINE		
Polar-Eis 5 Stangen 20	Zitronenmost Pfund 60		
Eiswaffeln 3 Pakete 25	Johannisbeersirup . . Pfund 65		
Pfefferminz-Pastillen 1/2 Pf. 30	Dürkheimer, rot . . . Liter 75		
Brausepulver 10 Stück 45	Wermutwein Liter 1,20		
Sauer-süße Bonbon Pfund 50	1928er Frankweillerer . . . 90		
Arabische Pfefferminz Pfd. 80	1928er Maikammerer . . . 1,10		
Eisbonbon Pfund 80	1928er Diedesfelder . . . 1,20		
Weinhappen Pfund 1,00			
WILD u. GEFLÜGEL	FETTE UND KÄSE		
Suppenhühner Pfund 1,00, 88	Margarine Pfund 62, 54, 47		
Junge Gänse Pfund 1,40	Kokosfett Pfund 50		
Hirschrücken u. Koule Pfd. 1,40	Limburger Käse . . . Pfund 39		
Rehblatt Pfund 1,30	Tilsiter Käse, 1/2 Pfund 68		
Rehrücken Pfund 1,70	Edamer Käse, 20% Pfund 75		
Rehkoule Pfund 1,80	Briekäse, vollfett . . Pfund 88		
Feinste Molkerbutter 1/2 Pfund 72	Dänische Molkerbutter 1/2 Pfund 80		

- Apfelmus, tafelfertig 1/2 Kilo Dose = 50
- Himbeersyrup Pfund = 58
- Obstwein 3 Liter = 95
- Rinkelheimer Auszug, mehl 1/2 Pfd. Beut. 1
- Edt. Braunschweiger Schlackw. Pfd. 2.20

ALTHOFF

Leipziger Buchdruckerei N. G.

Abteilung Buchhandlung, Tauchaer Str. 19-21

Ein systematischer Überblick über die gesamte deutsche Sozialversicherung in Tabellenform mit Ergänzungsblatt

bearbeitet von Artur Than, Abteilungsleiter bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig

In kurzen, übersichtlichen Umrissen ist das gesamte Gebiet der deutschen Sozialversicherung allgemeinverständlich in vier Tabellen behandelt worden, und zwar mit folgendem Inhalt: Tabelle 1: Grundlagen. Tabelle 2: Umfang der Versicherung. Tabelle 3: Die ehrenamtlichen Vertretungen in den Versicherungsträgern und Versicherungsbehörden. Tabelle 4: Die Leistungen (Anspruchsrecht). Außerdem liegt dem Gesamtwerk eine Vortragsdisposition für 6 Vorträge bei, aus der die Begriffsbestimmungen der Versicherungsfälle in den einzelnen Versicherungszweigen sowie die Bestimmungen über erneute Ansprüche bei Aussteuerung aus der Krankenversicherung hervorgehen. Das Werk wird zur Anschaffung empfohlen und eignet sich für die Versicherten und Arbeitgeber aller Sozialversicherungszweige, Angestellten und Beamten der Versicherungsträger und -behörden, Schulen, Gewerkschaften, politischen Parteien, Funktionäre aller Art, Angehörigen der Schutzpolizei, Soldaten, Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden sowie für Prüfungs- und Fortbildungskurse.

Preis bei 1 Stück — 60 Mk., bei mehr als 10 Stück . . . — 50 Mk., bei mehr als 100 Stück . . . — 45 Mk., bei mehr als 500 Stück . . . — 40 Mk., bei mehr als 1000 Stück . . . — 30 Mk., zuzüglich Porto

Alle Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen

Katastrophenpolitik

Die Kommunisten und Bürgerlichen in Gausch

WL. In der Gemeindevorordnetenversammlung liegt der letzte Produktions- und Geschäftsbericht der nunmehr stillgelegten Gemeindezigelei vor. Der Reingewinn für das Jahr 1929/30 beträgt 16 529,26 RM. Hergestellt wurden 2,2 Millionen Ziegelsteine. Der Ziegelbetrieb hat der Gemeindefasse manchen Dienst erwiesen. Obwohl das Ziegelwerk veraltet und die Produktionskosten erheblich hoch waren, obwohl die Gemeinde die Löhne über Tarif gezahlt hat, ist das Werk immer gut rentabel gewesen.

Der Regiebetrieb hat sich glänzend bewährt, das müssen selbst die Regiegegner zugeben. Wegen Lehmmangels mußte das Werk leider abgebrochen werden.

Die Beratung des Haushaltsplans für 1930/31 stand nunmehr auf der Tagesordnung. Der Haushaltsplan sieht eine Einnahme von 563 688 RM. vor, die Ausgaben betragen 1 044 425 RM. Der Fehlbetrag beliefert sich demnach auf 480 737 RM. Darin liegt der Fehlbetrag aus dem vorjährigen Haushaltsplan von 60 000 RM.

Ueber die Finanznot der Gemeinde braucht an dieser Stelle nichts gesagt zu werden. Daß aber die Arbeiterwohnstätten-Gemeinden besonders große Füllorgelassen zu tragen haben, muß immer wieder unterstrichen werden.

Die Wohlfahrtspflege sieht eine Ausgabe von 223 280 RM. vor. Die Einnahmen belaufen sich auf 110 950 RM. Der Zuschuß im Füllorgelast beträgt schon allein 112 330 RM. Daß sich hier die Ausgaben nicht vermindern, sondern noch erhöhen werden, liegt in der großen Erwerbslosigkeit. Es ist ein ganz nutzloses Bemühen, daß die Gemeinde von sich aus den Haushaltsplan ausgleichen könnte. Das Reich und die Länder müssen endlich einmal einen gerechten Ausgleich finden, um den Finanzbedarf der Gemeinden zu befriedigen, damit die sozialen und kulturellen Aufgaben der Gemeinden durchgeführt werden können. Die Gemeinden sind die Zellen des Staates. Sind die Zellen krank, muß der Staat — wenn nicht rechtzeitig eingegriffen wird — langsam zugrundegehen. In der Gemeinde Gausch liegt der Fortschritt und Aufbau

in den Händen der SPD.

Der mühevollen Arbeit unserer Fraktionsgenossen, des Schulausschusses und des Elternrates, der unermüdblichen Mitarbeit unserer Parteigenossen ist es zu verdanken, daß unsere Gemeinde in jeder Hinsicht anderen Gemeinden als Vorbild dienen kann. Diesen sozialen und kulturellen Fortschritt der Gemeinde zu schmälern, die Gemeinde auf die geringen Leistungen der Vorkriegszeit zu bringen, dient ein Bündel Anträge der bürgerlichen Einheitsfraktion zum Haushaltsplan. Um alle Zerklümmern auszuschließen, geben wir die Anträge im Wortlaut wieder.

1. Die Aufwandsentschädigung ist wegzustellen.
2. Die Löhne des Schuttabladeplatzes sind zu ermäßigen.
3. Die gemeindliche Straßenreinigung ist ganz einzustellen.
4. Die Sozialbeiträge der Arbeiter wieder ausleben zu lassen.
5. Arbeitslöhne sind zu streichen. (Für einen Handwerker.)
6. Wahlsteuer Unterrecht ist zu streichen.
7. Die Vermögensfreiheit ist aufzuheben.
8. Die Entschädigung an den Schulleiter ist nicht zu gewähren.
9. Die gemeindlichen Weihnachtsgeldbeihilfen sind wegzustellen. (Für Erwerbslose und Rentner.)
10. Die Naturalunterstützungen sind zu ermäßigen.
11. Die Beiträge an wohlthätige Vereine sind zu streichen.
12. Die Instandhaltungskosten für das Füllorgelhaus sind zu ermäßigen.
13. Die kostenlose Totenbestattung ist einzustellen.
14. Die Veteranenbeihilfe, Vorschreibung für die Großmütterchen sind zu streichen.
15. Die Kinderbesetzung ist einzustellen.
16. Die Beiträge an Jugendvereine sind einzustellen.

17. Förderung der Leibesübungen ist zu streichen.

18. Die Löhne sind zu ermäßigen. (Im Kinderheim.)

Durch Annahme dieser Anträge würde sich der Fehlbetrag um 31 248 RM. vermindern. Wo soll gespart werden? Man lese die Anträge genau durch. An der Schule, in der Wohlfahrtspflege und an den Löhnen. Jamohl, die Gauscher Schule soll wieder zur Armenschule herabgedrückt werden. Die bürgerlichen Herrschaften schänden ihre Kinder in die Leipziger Schulen,

für die Kinder der arbeitenden Bevölkerung ist die schlechteste Schule gut genug!

Alle Eltern mühten sich gegen diese gewollten Maßnahmen empören. Und die Ersparnisse in der Wohlfahrtspflege? Die Weihnachtsbeihilfen sind wegzustellen. Großartig.

Die armen Teufel von Erwerbslosen und alten Leuten mögen an den Feiertagen hungern!

Die Veteranenbeihilfe ist zu streichen. Die alten Veteranen von 60 und 70, die gleichzeitig Arbeitsunwilligen sind, brauchen keine Beihilfe.

Der Bauf des Vaterlandes und des gesamten Bürgertums ist euch gewiß. Eine Großmütterchenbeihilfe zu Weihnachten ist abzusehen. Natürlich!

Laßt Blumen sprechen an Muttertagen!

Aber sonst brauchen die alten Mütterchen nichts. Die Steuerhosen des wohlhabenden und zahlungskräftigen Bürgertums hat auch jede Moral vermissen lassen und die sonderbarsten Anträge erziehen lassen. Aber auch die Arbeitslosen sollten an vielen Stellen eingespart werden, um zu beweisen,

daß die Erwerbslosigkeit vom Bürgertum gefördert werden kann.

Man lese sich die Anträge genau an, es ist geradezu ein Anschlag auf die notwendigsten sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Einwohnerschaft.

Die Erhebung von 150 Prozent Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer wurde in der Einheitsfront der SPD mit dem Bürgertum abgelehnt. Damit werden den Aktionären von Riquet u. C. 28 000 RM., den armen Aktionären der Kammgarnspinnerei 14 000 RM. geschenkt. Kommunistische Kommunalspolitik!

Die sozialdemokratische Fraktion hat allen Anträgen des Bürgertums zur Verschlechterung des Haushaltsplans schärfsten Widerstand entgegengebracht. In diesem Falle stimmten auch die Kommunisten mit uns. Es wurden also die einzelnen Abschnitte des Haushaltsplans fast unverändert nach dem Vorschlag des Finanzausschusses, unter Ablehnung der bürgerlichen Anträge, angenommen.

Es wäre möglich gewesen, den Anschlag des Bürgertums voll und ganz abzuwehren, wenn in der Schlussabstimmung die Kommunisten nicht mit dem Bürgertum geschlossen den Haushaltsplan abgelehnt hätten. Die Kommunisten gaben hiermit die Arbeitermehrheit preis.

Durch die Mitablehnung des Haushaltsplans haben die Kommunisten den bürgerlichen Verschlechterungsanträgen Vorstoß geleistet. Es ist ein Skandal, daß sich die Kommunisten ein solches Schildebürgerliche leisten können. Die SPD-Wähler mühten sich einmal die Auswirkungen einer solchen Kommunalspolitik vor Augen führen. Die Tätigkeit der Kommunisten erfolgt zum Nachteil der Arbeiterschaft. An Hand dieses Schulbeispiels sollten unsere Genossen den Kommunisten entgegenzutreten und Aufklärung über die Tätigkeit der Kommunisten in die Bevölkerung bringen.

Bei den Einigungsverhandlungen des Gemeinderats und den Gemeindevorordnungen werden sicherlich die Kommunisten in ihrer

Einfältigkeit an der Seite des Bürgertums zu finden sein. Die Arbeiterschaft sollte endlich dem schädlichen Einfluß der SPD ein Ende bereiten. Nur eine starke sozialdemokratische Mehrheit in allen Parlamenten sichert der Arbeiterschaft den ihr zustehenden politischen Einfluß. Deshalb erhöhte Arbeitsbereitschaft für die Landtagswahl!

Unaufgeklärter Selbstmord in Mavern

Im Gausch zur Eisenbahn erschoss sich am 11. Juni um 11 Uhr ein Mann im Alter von 36 Jahren. Schmales Gesicht, zirka 170 bis 175 groß (anscheinend Berzeiler), schwarzes, geschleiftes Haar, grauen Anzug, wenig gemustert, Umlegtragen, zöflichen Schläps, gelbgestreiftes Oberhemd, neue schwarze Hofenträger, helle beige Strümpfe, schwarze Schnürschuhe, Ledermantel grün, Sportmütze, Aktentasche, Trommelrevolver, Taschenmesser, Kaffertlinge, Zigarrenschere von Firma W.G. Zigarrenfabrik, Füllfederhalter, 3 Taschentücher (Monogramm herausgeschnitten, Oberhemd, Monogramm abgetrennt), 2 Briefbogen mit Kover, Zahnbürste, sonst keine Anhaltspunkte. Angaben an die nächste Gendarmerie-Stelle oder das Bürgermeisteramt.

Bab Paufl.

i. d. Berufsschul-Auswahlprüfung. Die Schulleiterwahl am 6. März ist durch das Bezirksschulamt für ungültig erklärt worden. Als Vorwählender des Ausschusses wird Oberlehrer Langfeld einstimmig gewählt. Als Berufsschulleiter wählte man gleichfalls bei 3 Stimmen Enthaltung Oberlehrer Langfeld. Als stellvertretenden Vorsitzenden Bürgermeister Weisste, Priesnitz, und als Schriftführer Oberlehrer Garten. Die Ferien wurden wie folgt festgesetzt: Sommerferien vom 20. Juli bis 15. August, Herbstferien vom 28. September bis 17. Oktober.

Die Vorberatung des Haushaltsplans wurde kapitelweise vorgenommen und nur kleine Abstriche beschlossen. Bedarf 18 716 RM. Deckungsmittel 4679 RM. Fehlbetrag 14 036 RM. Auf Antrag des Gen. Bräunlich wurde beschlossen, in Gemeinschaft mit Berufsschulvorstand und Ausschuss die Schulbauarbeiten zu beschließen, um die vom Schulrat benannten Mißstände festzustellen. Der Bauleiter, Architekt von Berg, soll sich verantwortlich dazu äußern. Als Gehalt für Duplikatezeugnisse werden 3 Mark festgesetzt.

Hieran schloß sich eine Sitzung des Berufsschulvorstandes mit denselben Beratungspunkten. Oberlehrer Langfeld nahm als beratendes Mitglied teil. Den Beschlüssen des Ausschusses wurde beigetreten.

Strafanträge im Leuna-Prozess

Halle a. d. Saale, 11. Juni.

Im Leuna-Prozess beantragte der Staatsanwalt am Mittwoch nach etwa viermonatiger Verhandlung gegen den Leipziger Malermeister Schönfeld wegen Bestechung und Betruges in 33 Fällen eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren, sechs Monaten Gefängnis und 200 000 Mark Geldstrafe; gegen Schönfelds Buchhalterin, Frau Kretschmar, 8 Monate Gefängnis; gegen den früheren Leiter des Rechnungsbüros des Leunawerkes, Hechtenberg, drei Jahre vier Monate Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe; gegen den Leuna-Angestellten Schleisig zwei Jahre einen Monat Gefängnis und 18 000 Mark Geldstrafe; gegen den Techniker Stodas ein Jahr sechs Monate Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe; gegen den Angeklagten Stuhlaut ein Jahr Gefängnis. Gegen weitere vier Angeklagte wurden Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu einem Jahr drei Monaten und Geldstrafen in Höhe von 300 bis 5000 Mark beantragt. Außerdem wurde gegen die meisten Angeklagten Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre beantragt.

Familien-Nachrichten

Am 11. Juni 1930, 17 Uhr, entschlief nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, im Alter von 61 Jahren, mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Bruder, Onkel und Schwager, der Tischlermeister.

Felix Schoppe

Leipzig C I, Waldstr. 51, part., den 12. Juni.

In tiefer Trauer

Lina verw. Schoppe, geb. Penndorf
im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Einäscherung findet am 14. Juni 1930, 15 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofes aus statt. Beileidsbesuche werden dankend abgelehnt.

Wählich und unerwartet verschied infolge Herzschlag am 10. Juni, nachmittags 6 Uhr, meine herzengute Frau, unsere liebe Mutter, Frau

Henriette Brandt geb. Schlegel

In tiefer Trauer

Gustav Brandt

im Namen aller Hinterbliebenen
Leipzig-Andersau, Guthsmuthstraße 28
Beerdigung 14. Juni, vorm. 11 Uhr, vom Trauerhause

Für die zahlreichen wohlthuenden Beweise liebevoller Anteilnahme, die uns beim Heimgange unserer lieben unvergeßlichen Entschlafenen

Frau Anna Schuster verw. gew. Bley, geb. Gutjahr

zuteil wurden, sprechen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank aus.

Leipzig C I, Bernhardt Schuster,
Elisenstraße 24, Arthur Bley nebst Braut,
Charlotte Schuster.

Nach kurzem, schwerem Leiden verschied am Mittwoch, dem 11. Juni, kurz nach Vollendung ihres 23. Lebensjahres, unsere liebe, gute Tochter, Schwester und Braut

LINA MEISSNER

Leipzig W 33, Alberlinerstr. 17, am 12. Juni 1930.

In stiller Trauer

FAMILIE KÜNDIGER

HANS MELLE

und VERWANDTE.

Beerdigung am Sonnabend, dem 14. Juni 1930,
10 Uhr, auf dem Lindenauer Friedhof.

Nachruf

Für die wohlthuenden Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Tode meines lieben, unvergeßlichen Gatten, unseres guten Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels, Herrn

ARTHUR PETZSCHE

sage ich allen Verwandten und Bekannten meinen herzlichsten Dank. Besonderen Dank der Direktion und den Angestellten der Allgem. Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig, sowie Herrn Dr. Kippenberger für die trostreichen Worte.

Leipzig C I, Willmar-Schwabe-Str. 4, 11. 6. 1930

In stiller Trauer

Marie verw. Petzsche

und Hinterbliebene.

Danksagung

Mien, die uns bei dem schmerzlichen Verlust meines lieben unvergeßlichen Gatten, unseres guten Vaters

Alfred Geißler

ihre Mitgefühl durch Blumenschmuck, Wort und Schrift bekundeten, sei hierdurch herzlichst gedankt.

Rnauthain, den 11. Juni 1930.

In tiefer Trauer

Martha Geißler und Kinder.

Dr. Ernst Böttger
Spezialarzt
für Magen- u. Darmkrankheiten
Leipzig, Löhrrstraße 2b
9-12, 3-6, Sonnab. 9-12, 2-3
von der Reise zurück.

Jeder Bücherfreund

bedürft seinen Bedarf an Partei-, wissenschaftlicher und Unterhaltungsliteratur entweder in der Sentral- oder in den Zweiggeschäftsstellen der
Leipziger Buchdruckerei AG
Abteilung Buchhandlung, Lanchauer Straße 19/21

Selbsthilfe • Leipzig

Wir empfehlen:

Fein- und Haushaltseifen usw.	Für den Haushalt
Lanolin-Borax-Seife Stück 20 ↗	Kochstärke Pfd. 48 ↗
Flieder-, Malgöckchen-Seife Stück 25 ↗	Reisstärke Nielsen Pfd. 68 ↗
Rose-Flieder-Seife Stück 30 ↗	Bohnerwachs, lose, Globella Pfd. 1,00
Bade-Seife Stück 35 ↗	Mopöl lose, bestes Pfd. 2,00
Lavendel-Seife 3 Stück 1,30 Stück 45 ↗	Fahrrad- und Nähmaschinen-Öl Flasche 30 ↗
Edel-Sparkernseife in Riegel 1,66 bis 85 ↗	Wäscheklammern Schock 40 ↗
Sparkernseife pa. Riegel 1,00 bis 75 ↗	Doagl. mit Spannfeder . . . Stück 1 ↗
Borax-Wachskernseife . . Riegel 1,25	Scheuorbürsten, prima . . . Stück 35 ↗
Seifenflocken Ia 1/2 Pfund 50 ↗	Sohmützbürsten Stück 35 ↗
Benzin-Seife Stück 40 ↗	Auftragsbürsten Stück 15 ↗
Alabaster-Schmierseife . . Pfund 36 ↗	Klosettpapier 5 Rollen 95 ↗

Erdnußöl, feinstes 1/4 Pfd. 18 ↗
Speiseöl, feinstes 1/4 Pfd. 15 ↗
Himbeersaft, prima 1/4 Pfd. 17 ↗
Zitronenmost, naturell 1/4 Pfd. 17 ↗
Matjosheringe, sehr fein Stück 17 ↗
Mettwurst, nach Braunschweiger Art 1/4 Pfd. 35 ↗
Speck, prima, deutscher 1/4 Pfd. 28 ↗

und alle übrigen Lebensmittel und Haushaltartikel billigst mit

6% Rückvergütung 6%

in den bekannten Verkaufsstellen, oder, wo nicht vorrätig, durch
Zentrallager Leipzig N 22, Wilhelmstraße 54, Fernspr. 52567.



Wohnung für 15 Hunde

In der Zeit der Wohnungsnot ist der Teil der Zeitungsinsertate am interessantesten, in dem man aus Angebot und Nachfrage von leeren und möblierten Wohnungen sich ein Bild machen kann, wie stark und gefährlich diese Menschheitsgeißel das Schicksal der Menschen entmenscht und zu einer Hölle gestaltet.

Wo können 15 Hunde 2 Monate unterkommen? Futterküche und möbl. Zimmer notwendig. Off...

Ich will nichts dagegen sagen, daß ein Mann fünfzehn Hunde besitzt, ich will nicht darüber sprechen, daß es sich vielleicht um einen Tierfreund handelt, der alle die fünfzehn Tiere liebt und betruet, es ist aber doch irgend etwas, was diese Zeitungsanzeige auffallen und verwunderlich gestaltet, was an ihr so grotesk anmutet.

Es ist nichts dagegen zu sagen, daß Tiere menschlich, einwandfrei und hygienisch untergebracht werden, aber gerade das Wort „menschlich“, das ist es, das einen in Aufregung bringt, das einen zum Nachdenken veranlaßt. Ja, werden denn alle Menschen menschlich untergebracht? Ja, besitzen denn in jeder einzelnen Stadt, in jedem einzelnen Dorfe nicht viele, viele, ungezählte Familien seine eigene Wohnung, seine eigene „Futterküche“, daß man hier für Hunde Küche und möblierte Zimmer suchen darf? Nichts läßt sich dagegen sagen, daß man Tiere liebt, sich um Tiere kümmert, ist es aber nicht furchtbar, jammervoll, daß Menschen Tiere, fünfzehn Hunde, in einer mitteldeutschen Stadt darum beneiden müssen, daß sie jemanden besitzen, der sich für sie um ein „Heim“, um Küche, Bohn- und Schlafräume bekümmert? Denn es ist Wahrheit: Der Kapitalismus sorgt sich um Hunde, denn die sind wertvoll, ihn interessieren nicht die Proletarier, denn es gibt ihrer genug!

Wahlscheine für die Landtagswahl

Amtlich wird mitgeteilt: Zur Erleichterung der Ausübung des Wahlrechts zur Landtagswahl am 22. Juni d. J. werden vom W. -amte, Neues Rathaus, Zwischengasse, Zimmer 301 auf Antrag wiederum Wahlscheine ausgestellt. Auf Grund des Wahlscheines kann in einem beliebigen Orte des Freistaats Sachsen gewählt werden. Der Antrag muß spätestens bis Freitag, den 20. Juni, 1/16 Uhr, gestellt sein. Später eingehende Anträge müssen u. b. e. r. ü. c. k. i. g. t. bleiben. Den Grund zur Ausstellung eines Wahlscheines hat der Antragsteller auf Ersfordern glaubhaft zu machen. Ueber seine Berechtigung, den Antrag zu stellen und den Wahlschein in Empfang zu nehmen, muß er sich gehörig ausweisen (Wohnungsmeldschein, schriftliche Ermächtigung usw.). Einen Wahlschein erhält auf Antrag:

- I. ein Wahlberechtigter, der in eine Wählerliste eingetragen ist, 1. wenn er sich am Wahltag während der Wahlzeit aus zwingenden Gründen außerhalb seines Wahlbezirks aufhält; 2. wenn er nach Ablauf der Einspruchsfrist (7. Juni) keine Wohnung in einem anderen Wahlbezirk verlegt; 3. wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in seiner Bewegungsfreiheit behindert ist und durch den Wahlschein die Möglichkeit erhält, einen für ihn günstiger gelegenen Wahlraum aufzusuchen. II. ein Wahlberechtigter, der nicht in eine Wählerliste eingetragen oder darin gestrichen ist, 1. wenn er nachweislich, daß er ohne sein Verschulden die Einspruchsfrist veräußert hat; 2. wenn er wegen Ruhens des Wahlrechts nicht eingetragen oder gestrichen war, der Grund aber nach Ablauf der Einspruchsfrist weggefallen ist; 3. wenn er nach Ablauf der Einspruchsfrist seinen Wohnort nach Sachsen verlegt hat.

Ein nach Ablauf der Einspruchsfrist aus einem anderen Orte Sachsens zugezogener Wahlberechtigter muß die Ausstellung des Wahlscheines bei der Gemeindebehörde seines bisherigen Aufenthaltsortes beantragen.

Die Wählerlisten können, nachdem die Auslegung abgelaufen ist, nicht mehr eingesehen werden.

Die wirksamsten Heilmittel

Die manchmal als Abergläubische kreisende Ueberzeugung von der alleinigen Wirksamkeit der künstlich hergestellten Arzneimittel, Tinkturen und Pillen, immer neu geklärt durch die Heilmittelindustrie, hat zu einer verbreiteten Erscheinung geführt, die von Sachverständigen als „Arzneimittel-hunger“ bezeichnet wird. Dieses Verlangen nach Arznei tritt naturgemäß besonders dann in Erscheinung, wenn der Heilungsuchende nicht selbst die beträchtlichen Kosten aufzubringen hat, z. B. in der Krankenversicherung. So erklärt es sich, daß die Ausgaben der reichsgefährlichen Krankenkassen für Arznei und Heilmittel im Jahre 1928 252 Millionen Mark betragen. Hier könnte zweifellos manches erspart werden, wenn die Gesamtbevölkerung sich allmählich daran gewöhnen würde, die von der Natur gegebenen Heilmittel — Luft, Sonne und Wasser — reichlicher und zweckmäßiger zum Nutzen ihres Körpers anzuwenden. Allerdings sind den arbeitenden Menschen und insbesondere den Bewohnern der Großstadt nur in beschränktem Maße die Möglichkeiten hierzu gegeben. Darum ist es häufig erforderlich, den Abgearbeiteten und darum Krankheitsbedrohten oder den von einem schweren Leiden Geheilten vorübergehend aus seiner ungesunden Umgebung zu entfernen und ihm den Aufenthalt in der freien Natur, verbunden mit Ruhe und sorgfältiger Verpflegung, zu ermöglichen. Diesem Zweck dienen vor allem die Kur-, Genesungs- und Erholungsheime der Krankenkassen. Auch die natürlichen Heilquellen werden, soweit Eigenhelme hier nicht zur Verfügung stehen, durch Beiträge mit den Badeverwaltungen der bekanntesten Kurorte den Versicherten nutzbar gemacht.

Die Räuber im Auto

Ein Kassenbote überfallen und verwundet — Verhängnisvolle Jagd nach den Verbrechern — Die Täter mit 15000 Mark entkommen

Am Mittwochvormittag wurde, wie wir bereits melde ten, im Hauzeingang des Hauses Rathausring 13 ein Raubüberfall auf einen Kassenboten verübt. Die Täter entkamen in einem bereitstehenden Kraftwagen. Der Wagen wurde verfolgt. Unterwegs wurde ein Passant durch den Wagen umgefahren; an der Ecke Tröndlingring und Löhstraße versuchten Arbeiter, den Wagen aufzuhalten; sie wurden aus dem Wagen heraus beschossen; ein Mann wurde verletzt; der Kraftwagen entkam in der Richtung nach Norden, wurde aber dann gefunden.

Der Kassenbote Johannes Goldacker, der seit zwei Jahrzehnten bei dem Privatbankgeschäft Knauth, Nachod u. Kühne beschäftigt ist, hatte von dem Bankhaus den Auftrag erhalten, bei der Reichsbankhauptstelle eine größere Summe Geld in Empfang zu nehmen. Mit 15000 Mark in der Aktentasche verließ der Kassenbote gegen zehn Uhr das Reichsbankgebäude und nahm seinen Weg durch die Markgrafstraße nach dem Rathausring, dem Sitz der Firma Knauth, Nachod u. Kühne. In der Nähe des Rathausringes wurde der ruhig seines Weges gehende Goldacker von einem Personentransportwagen überholt. Plötzlich hielt das mit drei Personen besetzte Fahrzeug.

Mit vorgehaltenen Revolvern sprangen zwei Männer aus dem Auto heraus auf Goldacker zu. Mehrere Schüsse fielen. Der Kassenbote sank getroffen auf der Stelle zusammen.

Ihrem Opfer, das einen Schuß in den Leib und Oberschenkel erhalten hatte, raubten die Banditen die Aktentasche mit 15000 Mark. In Eile schritten sie in das haltende Auto zurück, das sich sofort in Bewegung setzte und in rasendem Tempo den Dittichring entlang, in Richtung Thomaskirche fuhr. Indes feuerten die Räuber noch einige Schüsse ab.

Die Jagd nach Räubern

In wenigen Minuten war der Überfall von den Unbekannten verübt. Die Straßenspassanten hatten teilweise noch gar nicht erfährt, was geschehen war. Da nahte ein Rettungswagen der Berufsfeuerwehr.

Der Lenker des Wagens sah Goldacker am Boden liegen, rief das Steuer des Wagens herum und jagte dem kranke nolen Berliner Wagen, den die Verbrecher benutzten, nach.

Auf den dicht ihren Spuren folgenden Sanitätswagen gaben die Banditen mehrere Schüsse ab, ohne jemand der Sanitätsmannschaft zu treffen. Barjuggasse, Kleine und Große Fleißergasse wur-

den in höchster Geschwindigkeit durchraff, in wilder Fahrt der Richard-Wagner-Platz überquert und dabei ein junges Mädchen angefahren und zu Fall gebracht. Am Alten Theater fühlten die Insassen des Räuberautos ihre Verfolger dicht auf den Fersen. Mit Vollgas ging's durch die Anlagen nach dem Tröndlingring.

Das zweite Opfer ein Asphaltarbeiter

An der Kreuzung Tröndlingring-Löhstraße war wegen Straßenarbeiten in der Löhstraße die Fahrbahn gesperrt; die Räuber umfuhr unbelümmert und in rasendem Tempo die Kurve.

und schossen aus dem Auto, als eine Anzahl Arbeiter und Passanten versuchte, sie aufzuhalten; dabei wurde der Asphaltarbeiter Ubin Janger aus Leipzig durch Oberschenkelerschuß verletzt.

In rasender Fahrt brachten die Räuber dann durch die Löhstraße, überquerten die nur für Fußgänger bestimmte schmale Löhbrücke und entkamen nordwärts. Der Sanitätswagen, der nicht die aufgerissene Straße befahren konnte, mußte halten, ebenso die übrigen Verfolger des Autos. Der verletzte Arbeiter Janger wurde von dem Sanitätswagen, dessen Führer nunmehr die Verfolgung aufgegeben hatte, nach dem Krankenhaus gebracht.

Das Räuberauto aufgefunden

Trotz des Vorwurfs, den das Berliner Auto hatte, steuerte sein Lenker mit höchster Geschwindigkeit durch die Straßen der Nordvorstadt. An der Ehrenfeinstrasse streifte der Wagen der Räuber, der schon beim Durchfahren der Anlagen einen derben Stoß abgeben hatte, ein Privatauto. Obwohl ein Kotflügel abgerisfen wurde, preschten die Banditen weiter.

An der Delitzscher Ecke Blumenstraße gab's einen zweiten schweren Zusammenstoß mit einem Lastkraftwagen. Blighnell verließen die drei Männer ihren Wagen, schlangen sich zum Erstaunen des Publikums auf eine Straßengrube und entkamen.

Das Auto trägt die Nummer 1A 74 639 und wurde am Dienstag in Berlin gestohlen. Nach weiteren Zeugenbeobachtungen sind die Täter elegant gekleidete junge Männer gewesen, höchstwahrscheinlich aber Ausländer. Der Wagen gehörte dem Volkshausrat Marquis de Feronda, dem er in Berlin gestohlen worden war.

Die Verletzungen sowohl Goldackers als auch Jangers sind ernste Schußverletzungen, doch befinden sich beide dank der ihnen alsbald gewährten ärztlichen Hilfe außer Lebensgefahr.

Gemeindefinanzen — Arbeitsmarktkrise

Die gegenwärtige katastrophale Arbeitslosigkeit ist zu einem guten Teil zurückzuführen auf die immer wiederholten und durchaus nicht ohne Erfolg gebliebenen Versuche, die Kommunalwirtschaft zu droffeln. Die öffentlichen Betriebe nehmen eben in der Gesamtwirtschaft einen so großen Raum ein, und haben für die Deckung des allgemeinen Bedarfs eine solche Bedeutung, daß ihre gewalttätige Einengung zu unheilvollen Störungen führen muß. Die Städte haben schwer zu leiden unter den gewaltigen Opfern, die sie zur Unterhaltung der zahlreichen Erwerbslosen aufbringen müssen. Die Länder sind in dieser Beziehung besser daran. Sie zahlen überhaupt nichts. Das Reich erhält für die Durchführung der Erwerbslosenversicherung die von den Unternehmern und Arbeitern zu gleichen Teilen zu leistenden Beiträge. Die Gemeinden aber erhalten für diesen Zweck absolut nichts, obwohl sie für alle aus der Arbeitslosenversicherung herausgeworfenen, weil ausgesteuerten Erwerbslosen, von denen viele zeitweilig zu unterhalten sind, aufzukommen haben. Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung übernimmt lediglich die Unterstüfung der regelmäßigen durch den Jahreswellsenlag der Wirtschaft erwerbslos werdenden Arbeiter, obwohl es im Wesen der ganzen Reichsarbeitslosenversicherung liegt, für die aus der Gesamtwirtschaftslage in Reich und Ländern sich ergebende Arbeitslosigkeit auch Reichseinrichtungen zu schaffen.

Zu alledem aber kommt, daß nicht zuletzt eine gegen die Gemeinden selbst geführte Politik eine wesentliche Ursache der großen Arbeitslosigkeit ist. Von privatwirtschaftlichen Kreisen, besonders von den großen Unternehmerorganisationen, wird ein arminiger Kampf gegen die Kommunalwirtschaft geführt. Die Kommunalwirtschaft ist zwar für die allermeisten Gemeinden zu einer unentbehrlichen Quelle der Mittelbeschaffung für allgemeine Finanzzwecke geworden. Aber gerade die Möglichkeit, aus den Kommunalbetrieben beträchtliche Summen herauszuholen, macht sie den privaten Unternehmern so begehrt. Im vorigen Jahre erstand den Sturmtruppen der Privatindustrie ein mächtiger Helfer in dem damaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schaack. Die Kommunalbetriebe befanden sich, ebenso wie die privaten Betriebe, in Kapitalnöten. Während nun Schaack den privaten Unternehmern gestattete, sich Auslandsanleihen zu beschaffen, verbot er dies den Gemeinden. Seine ihm von den Ententemächten verliehene Machtstellung gegenüber dem Reich gab ihm die Möglichkeit dazu. Unter dem Vorwande, Währungsgefahren zu wittern, lehnte er den Gemeinden die Herbeiführung ausländischen Kapitals ab. Manche Gemeinde mußte infolge dieser Drofflungsmanöver ihre Gemeindebetriebe zu einem Teil dem Privatkapital ausliefern.

Dazu kam, daß die Gemeinden durch die schädliche Kredit-sperre nicht die notwendigen Betriebsverbesserungen und Betriebsverweiterungen vornehmen, sondern auch die sonst der privaten Industrie zugewiesenen Aufträge nicht erteilen konnte. Dadurch lehrte sich das Mittel der Zermürbung der Gemeindebetriebe, mit dem sie zur Verprivatisierung reif gemacht werden sollten, gegen die Unternehmer selbst, denen zuliebe die ganze Drofflungs politik eingeschlagen worden war. Schacht ist schließlich gegangen. Zuerst ist sein Nachfolger geworden. Aber die Kredit-sperre besteht trotz ihrer verderblichen Folgen unerbittert weiter.

Da ist es interessant, daß auch Dr. Muler t, der Vorsitzende des Deutschen Städtetages, sich veranlaßt sieht — übrigens nicht zum ersten Male — auf das Verfehlen einer solchen Drofflungs politik hinzuweisen. In der soeben erschienenen Juni-Ausgabe der „Mitteilungen des Deutschen Städtetages“

behandelt er in einem Artikel „die Sorgen der Städte“. Der Deutsche Städtetag hat im vorigen Jahre den Gemeinden ernstlich angeraten, sich der drückenden Sorgen, die die kurzfristigen Kredite ihnen unausgeseht bereiten, zu entledigen, und beschloffen, alles daranzusetzen, die kurzfristigen Kredite in langfristige umzuwandeln. Eine ganze Reihe von Vorschlägen wurde von ihm gemacht, die unter anderem auf eine Beschränkung der städtischen Bauten, auch der Wohnungsbauten, hinausliefen. Unter Hinweis auf diese vom Städtetag vorgeschlagenen Maßnahmen schreibt Dr. Muler t:

„Die im Herbst vergangenen Jahres eingeleitete Aktion des Städtetages zur Vergangung der kurzfristigen Verschuldung mußte bei dem Verlagen des inneren Marktes und der Sperre des Auslandsmarktes zu einer starken Verminderung öffentlicher Bautätigkeit auf allen Gebieten führen. In diesem Augenblick zeigte sich vielleicht für die größere Deffentlichkeit zum ersten Male, wie überaus bedeutungsvoll die wirtschaftliche Betätigung und nicht zuletzt die Aufstragerteilung der deutschen Gemeinden für unsere gesamte Volkswirtschaft ist, so daß beim Ausfallen dieses einen Faktors die gesamte Volkswirtschaft schwersten Schaden nehmen muß. Es entsteht hier für das Reich die überaus bedeutsame Aufgabe, den Gemeinden die Aufnahme langfristiger Kredite auch im Auslande zu günstigen Bedingungen wieder zu ermöglichen, um sie so in den Stand zu setzen, das wirtschaftliche Leben durch neue Bautätigkeit und neue Aufstragerteilung wieder stärker zu beleben.“

Die SPD hat sich seinerzeit mit aller Entschiedenheit gegen die schädliche Drofflungs politik gewandt. Leider ohne Erfolg. Schacht fand damals den ungeteilten Beifall der Kreise, die glaubten, mit der Drofflung die Gemeindebetriebe sturmreif machen zu können. Inzwischen dürfte ihnen aber doch die Erwägung gekommen sein, ob es nicht besser ist, zunächst einmal wieder eine Anfurkelung der Wirtschaft zu erreichen, auch wenn dies nur mit der einseitigen Aufgabe des Sturms auf die Gemeindebetriebe möglich sein sollte. Jedenfalls sehen wir auch hier wieder, in wie starkem Maße sich private und Allgemeininteressen widertreten, wie gefährlich eine von Machtallüren des Unternehmers oder Finanzkapitals eingegebene Maßnahme dem gesamten von seiner Hände oder seines Kopfes Arbeit lebenden Volke werden kann. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung wird die Arbeitslosigkeit nie überwinden. Sie braucht fortwährend Arbeitslose als Rekruten für ihre Reservearmee. Aber es ist Aufgabe der politischen Vertretung der wertvollen Bevölkerung, die in der heutigen Produktionsweise möglichen Mittel zur Linderung der Arbeitslosennot anzuwenden, damit zum mindesten vermieden wird, daß die Arbeitslosigkeit zu einem Faustkampf der Arbeitssuchenden gegeneinander und zu einem Lohndruckmittel und damit zu einem Mittel der Senkung des Lebens- und Kultur niveaus der Arbeiter- und Angestellten schaft werde.“

Naturfreunde, aufgepaßt! In der Halbjahrsversammlung am Freitag, dem 13. Juni im Volkshaus, werden die Delegierten zum Gautag gewählt. Außerdem finden wichtige Abstimmungen statt. Wer nicht will, daß durch seine Saumseligkeit eine Anzahl Schreier wieder Gelegenheit hat, ihre Ansicht durchzudrücken und damit evtl. den Bestand der Ortsgruppe zu gefährden, ist verpflichtet, in der um 20 Uhr beginnenden Versammlung zu erscheinen.

Allgemeine Flugblatt-Verbreitung am Sonnabend, 14. Juni, und am Sonntag, 15. Juni, von den bekannten Stellen aus.

Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

Stbezirt. (Vertrauensleute.) Morgen Freitag, pünktlich 18.30 Uhr, im Arbeiterheim, kurze, aber wichtige Sitzung. Ganztägig. Heute Donnerstag, 20 Uhr, im Rathaus. Schönefeld, Funktionäre, Jugend- und arbeitsfreie Parteigenossen sowie Wahlprüfer und -beisitzer haben unbedingt in der Funktionärsitzung heute abend im Rohrtische zu erscheinen.

SPD-Motorradfahrer.

Freitag, 13. Juni, 19.30 Uhr, im Neustädter Gasthof, wichtige Zusammenkunft wegen Wahlpropaganda.

Vegau, Funktionäre, Wahlhelfer, morgen Freitag, 20 Uhr, im Volkshaus, Wahlarbeit.

Frauen.

Alt-Weipzig, Freitag, 13. Juni, 20 Uhr, im Volkshaus (Zimmer 1. Tafel), Ausspracheabend.

Engelsdorf, Frauenabend Donnerstag, 12. Juni, 20 Uhr im Heim: Unsere Fahrt zu Mutter Grün.

Vinbenthal, Donnerstag, 12. Juni, 20 Uhr, Referat der Genossin Boldt: „Wir Frauen und die Wahl.“

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Sprechstunde vom Dten, Freitag, 13. Juni, 14 Uhr, Treffen Volkmarzdorfer Markt. Wir gehen ins Bad.

Dien II, Gruppe Piepmatz (Sede-Banni) Treffen Freitag, 14 Uhr, Volkmarzdorfer Markt, mit Badeauszug. — Gruppe Zimgard Freitag, 13. Juni, 16 1/2 Uhr, Treffen Mohrenplatz.

Kleinzschocher, Alle Restfallen treffen sich Freitag 1/2 10 Uhr am alten Friedhof zur Tagesfahrt nach der Hartz, 30 Pfennig mitbringen.

Alt-Weipzig-Süd, Gruppe Jact und Gruppe Wolfgang treffen sich am Freitag um 9 Uhr am Volkshaus (zur Besichtigung des Konzerts).

Magwitz-Vindenu-Schlenzig, Freitag Helfershilgung, 19 Uhr, Bibliothek, Unterfasserer eine halbe Stunde vorher ebenda.

Tauscha, Die Kinder von Mähern treffen Sonnabend um 15 Uhr in Tauscha ein.

Modau, Nächsten Sonntag Elternfahrt nach Klinga-Großsteinberg. Treffen 6.15 Uhr am Friedrichshofener Platz. Alle Kinder, auch die des Ortsvereins, zahlen für Fahrkarte 90 Pfennig am Sonnabend, 18 Uhr, im Kinderfreundheim ein.

Sprech- und Bewegungshor des WBY.

Nächste Probe morgen Freitag, 13. Juni, 19.30 Uhr, in der Bundeschule. Neue Mitglieder willkommen.

13 Millionen Mark neue Aufwertungsschuld

Die Leipziger Stadtverwaltung ist mit Recht stolz und erfreut darüber, daß die öffentliche Schuld Leipzigs sich im Vergleich zu vielen anderen Städten innerhalb erträglicher Grenzen hält. Schulden bringen Sorgen und verschlingen beträchtliche Mittel für Verzinsung und Rückzahlung. Das Konto Zinsen des Leipziger Haushaltsplanes weist trotz der verhältnismäßig erträglichen Anteilhaft die respektable Summe von rund 11.200.000 Mark auf. Es gab schon einmal Zeiten für Leipzig, da dessen Schuldenlast bedeutend größer war, als jetzt. Das war vor der Inflation. Auch in der Inflationszeit sind langfristige Anleihen aufgenommen worden, die dann aber zum allergrößten Teile durch die Hochflut der Geldentwertung auf ein Nichts zusammenschmolzen. Ein Teil der Gelder, besonders die vor der Zeit der höchsten Hochflut der Inflation aufgenommenen, sind neu festgelegt, aufgewertet worden.

Solcher Anleihehuden hatte Leipzig 216 Millionen Mark. Davon stammen 104 Millionen Mark aus den Jahren 1916 bis 1918, also aus den letzten Kriegsjahren, als die Inflation infolge der genialen Finanzoperationen des damaligen Reichsfinanzministers Dr. Helfferich bereits die alte solide Weisheit in Deutschland einzureißen begann. Dennoch sollten nach der Aufwertungsgesetzgebung diese Altanleihen nicht mit den in den schlimmsten Notzeiten leihweise beschafften Geldern ohne weiteres auf eine Stufe gestellt werden. Die 216 Millionen Mark Altanleihen wurden mit 12,5 Prozent aufgewertet, also auf 29 Millionen Mark Nachinflationwert festgesetzt. Für die 104 Millionen Mark verlangten die Anleihegläubiger eine höhere Aufwertung. Der Rat lehnte ab. Seit 1. Januar wird eine Aufwertung auf 25 Prozent projektiert. Wie der Rat nunmehr der Presse mitteilt, hat das Oberverwaltungsgericht Dresden als letzte Instanz endgültig entschieden, dem Verlangen auf 25prozentige Aufwertung stattzugeben.

Durch diese Entscheidung wird Leipzigs Schuldenlast um 13 Millionen erhöht. Die dadurch der Stadt entstehende Zins- und Rückzahlungspflicht vermindert ihre Ausgaben um jährlich etwa 800.000 Mark. Der Rat bemerkt, daß diese Gelder zu einem erheblichen Teile nicht den Leipziger Anleihebesitzer zugute kommen. Die Anleihehuden befinden sich in Händen späterer Erwerber. Diese haben die Anleihen aber nicht mit vollwertigen Preisen bezahlt, sondern sie als Spekulationsobjekte zu Scheubereisen erworben. Das geht schon daraus hervor, daß die Anleihebesitzer zu einem großen Teile überhaupt nicht in Leipzig wohnen. Ja mehr noch. Der größere Teil dieser außerhalb Leipzigs an-

Tragödien unehelicher Mütter

„Sie waren rechtlich verpflichtet“ usw.

Der berüchtigte § 218 des Strafgesetzbuches zwingt die Schwangere mit einer außerordentlichen Brutalität, ihre Leibesfrucht auszutragen. Was nach der Geburt mit Mutter und Kind wird, danach fragt die bürgerliche Gesellschaft nicht viel. Die Furcht vor dem § 218 ließ aber viel Mütter in ihrer Not und Verzweiflung zu Mörderinnen ihrer neugeborenen Kinder werden. Gegen ein solches Verbrechen existiert im Strafgesetzbuch der § 217, der „einer Mutter, die ihr uneheliches Kind in oder gleich nach der Geburt vorsätzlich tötet“, eine Zuchthausstrafe nicht unter drei Jahren androht. Wie deutsche Gerichte auch diesen § 217 auslegen, dafür dienen zwei Fälle aus jüngerer Zeit.

Die Hausangestellte Emma, 18 Jahre alt und etwas beschränkt, war in Ostpreußen bei einem Landwirt in Stellung. Im Dezember 1928 wurde sie schwanger. Diese Schwangerschaft verheimlichte sie ihrer Herrschaft und ihren Eltern, weil sie fürchtete, daß sie entlassen und auch von ihren Eltern verstoßen würde. Sie kam auch glücklich über die neun Monate hinweg, bis sie am 1. September 1929 heftige Schmerzen verspürte. Sie schloß sich deshalb in ihre Kammer ein und erklärte, daß sie krank sei. Als Emma aber einige Tage nicht aus ihrem Zimmer kam, erkundigte sich die Frau des Landwirts nach Emmas Befinden und schickte am 4. September nach der Gemeindefürsorge. Die Schwester sagte Emma auf den Kopf zu, daß sie geboren habe, was jedoch das Mädchen bestritt. Nun trat eine Ärztin in Aktion, die Emma untersuchte, aber der Ansicht war, daß Emma nicht geboren habe. Das Mädchen begab sich wieder an seine Arbeit, aber in seiner Abwesenheit durchsuchte seine „Herrin“ die Kammer und fand dabei im Kleiderschrank versteckt, in die blutige Bettwäsche gewickelt, den Leichnam eines neugeborenen Kindes. Der Staatsanwalt trat nun in Erscheinung; Emma hatte sich vor dem Schwurgericht in Allenstein wegen Kindes-tötung zu verantworten.

Sie erklärte vor Gericht, das Kind nicht getötet, sondern dieses bereits tot geboren zu haben. Der Sachverständige konnte keine Merkmale eines gewalttätigen Todes an der Leiche feststellen und war der Ansicht, daß das Kind durch Mangel an geeigneter Pflege gestorben sei. Das Gericht kam deshalb zu einer Verurteilung wegen fahrlässiger Kindes-tötung und bestrafte die Angeklagte mit neun Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung heißt es, daß die Angeklagte bei der Geburt jede fremde Hilfe abgelehnt habe. Durch die Verheimlichung der Geburt habe sie grob fahrlässig gehandelt. Die Gefängnisstrafe von neun Monaten wurde damit begründet, weil der Verlust eines Menschenlebens zu beklagen sei.

Gegen dieses Urteil hatte die Angeklagte Revision beim Reichsgericht eingelegt. Der vierte Senat hat nun folgendem Urteil: Unter Aufrechterhaltung des Schuldspruchs wird das Urteil des Schwurgerichts im Strafauspruch aufgehoben und

zurückverwiesen. Gegen den Schuldspruch bestanden keinerlei Bedenken; denn die Angeklagte hatte rechtlich die Pflicht, alles zu tun, um die Lebensfähigkeit des Kindes zu gewährleisten. Dies habe sie nicht getan und dadurch fahrlässig gehandelt. Jedoch sei das Strafmaß zu hoch; denn bei Fahrlässigkeit könne nicht erschwerend ins Gewicht fallen, daß ein Menschenleben zu beklagen sei.

Eine 23jährige Büroangestellte trat im Mai 1929 eine neue Stellung an. Sie war bereits sieben Monate schwanger und sah im Juni 1929 ihrer Niederkunft entgegen. Dem Unternehmer, bei dem sie in Kost und Logis war, verheimlichte sie ihren Zustand. Gegen Ende Juni gebar sie in einer Nacht heimlich ein Kind. Nach ihren Angaben war dies eine Totgeburt. Sie steckte deshalb den Leichnam in einen Wäschekoffer und begab sich am nächsten Morgen wieder an ihre Arbeitsstelle. Einige Tage später reiste sie zu ihren Eltern nach Köslin und vergrub den Leichnam des Kindes in dem Garten ihrer Eltern. Die Sache kam jedoch eines Tages heraus. Die Büroangestellte hatte sich vor dem Schwurgericht Stolp wegen Kindes-tötung zu verantworten. Hier behauptete sie, daß es sich um eine Totgeburt gehandelt habe. Aus Angst vor der Entlassung aus ihrer neuen Arbeitsstelle und aus Furcht vor ihren Eltern habe sie alles verheimlicht. Auch hier konnte der Sachverständige nicht feststellen, durch was der Tod des Kindes eingetreten sei. Das Gericht nahm jedoch kurzerhand an, daß die Angeklagte das Kind getötet habe und verurteilte sie wegen vorsätzlicher Kindes-tötung zu zwei Jahren Gefängnis. In der Begründung heißt es: Es bestehe eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Angeklagte ihr Kind gleich nach der Geburt getötet habe. Aber selbst wenn sie die Tötung nicht selbst ausgeführt habe, so hat sie doch planmäßig alles unterlassen was notwendig gewesen wäre, das Kind am Leben zu erhalten. Dies sei aber um so verwerflicher, da die Angeklagte jederzeit in der Lage gewesen sei, für das Kind zu sorgen.

Gegen dieses Urteil hatte die Angeklagte Revision eingelegt, die aber vom vierten Senat des Reichsgerichts verworfen wurde, weil der innere Tatbestand vom Schwurgericht einwandfrei nachgewiesen sei.

Die Mutter ist also rechtlich verpflichtet alles zu tun, um ihr Kind lebensfähig zu erhalten. Wieviel mehr aber erst ist die bürgerliche Gesellschaft verpflichtet, der Mutter und ihrem Kind eine Existenzberechtigung zu verschaffen. Eine uneheliche Mutter ist in der heutigen Gesellschaftsordnung immer noch ein Mensch zweiten Grades, für die mancher nur Spott, Hohn und „Mehre“ übrig haben. Erwerbslosigkeit, Not und Hunger sind gewöhnlich die Folgen der unehelichen Mutterschaft.

fälligen Gläubiger sind Ausländer, die sicher aus ganz anderen als lokalpatriotischen Gründen Gläubiger der Stadt geworden sind.

Der Rat stellt in Aussicht, der Öffentlichkeit weitere Mitteilungen zu unterbreiten, sobald die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts im Wortlaut vorliegt. Wir behalten uns ebenfalls vor, später nochmals auf die Sache zurückzukommen.

Der Verwaltungs-Sonderzug Leipzig—Bremen—Helgoland—Vorkum, der vom 28. Juni bis 6. Juli verkehren sollte, muß nach Mitteilung des Reichsbahnverkehrsamtes Leipzig II wegen zu geringer Beteiligung ausfallen. Fahrkarten und Zusatzkarten werden an den Fahrkartenverkaufsstellen ohne Abzug zurückgenommen.

Die Stadtbibliothek ist wegen Großreinemachen am 14. und 16. Juni geschlossen.

Leipziger Rundfunkprogramm

Freitag, den 13. Juni.

- 10.00 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- 10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunf.
- 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
- 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 11.00 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmitteilungen.
- 11.15 Uhr: Uebertragung aus dem Konzertsaal der Ausstellung in Dresden: Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer, Berlin: „Die Schullandheimbewegung im Rahmen der neuzeitlichen Fragen des deutschen Schulwesens“ (anlässlich der 4. Reichstagung der deutschen Schullandheime).
- 12.05 Uhr: Vlederstunde. (Schallplatten.)
- 12.55 Uhr: Neuerer Zeitzeichen. (Schluß 13.00 Uhr.)
- 13.00 Uhr: Wettervorausgabe, Presse- und Börsenbericht.
- Anschließend: Lang, lang ist's her. (Schallplatten.)

- 14.30 Uhr: Das neue Buch. Erich Liebermann-Kohle, Leipzig: „Neue Musikliteratur“.
- 15.00 Uhr: Dienst der Landfrau. Grete Hentschel, Dresden: „Gesundheitliche Schädigung durch falsche Arbeitsweise der Landfrau“.
- 15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- 16.00 Uhr: Dr. Rudolf Sägewald, Leipzig: „Atome bauen Moleküle auf“.
- 16.30—17.30 Uhr: Kammermusik, ausgeführt von den Herren: Heinrich Schachtel (Violine), Ernst Hoensch (Viola), Alfred Bahal (Violoncell), Mitglied der Schachtel-Quartette.
- 17.55 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- 18.05 Uhr: Prof. Dr. Johannes Dietterle, Leipzig: „El literatur kay movado“ (C. Stranano).
- 18.20 Uhr: Wettervorausgabe und Zeitangabe.
- 18.25 Uhr: Vektor Alfred Edwards, B. U. und Rose Arnold, Leipzig: Englisch.
- 19.00 Uhr: Staatsanwalt Dr. Liebers, Zwidau, und Dr. Karl Schenkel, Leipzig: „Fragen des Autorsrechts“. II.
- 19.30 Uhr: Tagesfragen der Wirtschaft.
- 19.40 Uhr: Walzerstunde. Das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Hilmar Weber.
- 20.40 Uhr: Märchen und Sagen aus der Südbec. Sprecherin: Margarete Anton.
- 21.20 Uhr: Sinfoniekonzert. Das Leipziger Sinfonieorchester. Dirigent: Alfred Sydreit. Solist: Edmund Mehlitt (Violine).
- 22.20 Uhr: Zeitangabe, Wettervorausgabe, Preisbericht, Sportfunf.
- Anschließend: Tanzmusik. Kapelle Waldo Oltersdorf.

Freitag, den 13. Juni, 18.30 Uhr, Süd-West-Stadion (Baronwiese) Süd-West I—Großzschocher I

Millionen, Milliarden, Billionen

30) Roman von Hans Bauer.

Probleme der Geschäftsführung gab es mancherlei für Grölke, aber zum Problem aller Probleme wuchs doch immer mehr die Frage heran, auf welche Weise die Barbeträge die in seinen vier Läden eingenommen waren, bis mittags um 12 Uhr wieder in Ware investiert werden könnten. Es hatte sich die Gewohnheit herausgebildet, von 12 bis 2 Uhr die Geschäfte zu schließen. Bis um 12 Uhr wurde nach dem gestrigen Dollarstand verkauft, von 2 Uhr an nach dem neuen, inzwischen festgelegten. Es kam alles darauf an, sein Geld bis um 12 Uhr untergebracht zu haben, denn später bekam man vielleicht nur noch halb soviel dafür. Das Geld, das als rechnerische Größe alles überwachte und beherrschte, das alle Sinne und Gedanken bis in die letzten Winkel ausfüllte, hatte als stoffliche Erscheinung etwas Festlichartiges an sich. Man schätzte vor ihm, suchte loszukommen von ihm, verabschiedete und mißachtete es. In dieser Situation, in der das Geld immer unerbittlicher wurde und in der sich immer neue und immer größere Schwierigkeiten für den Einkauf neuer Ware ergaben, erlangte Grölke eine Rettung in einer neuen Beziehung, die seine Frau anzuknüpfen vermocht hatte. Gar nicht weit von seinem Hauptgeschäft entfernt, existierte eine Großhandlung für Petite und Lagerwaren, die Firma Henneberg & Müller, die Grölke selbstverständlich auch schon in den Kreis seiner Lieferanten einzubeziehen versucht hatte, bislang aber nur mit sehr geringem Erfolg. Wie überall sonst stauten sich auch hier schon Stundenlang vor Eröffnung der Schalter die Kleinhändler, stießen sich, drängten sich, um eine grenzenlos geduldige Ausdauer schließlich nur mit einer ganz minimalen Ration belohnt zu bekommen. Neuerdings aber hatten sich die Dinge hier grundlegend geändert. Willi war, während sie die Führung des Geschäftes der Verkäuferin anvertraut hatte, die mittlerweile eingestellt worden war, in höchster Barennot ein paar mal frühmorgens zu Henneberg & Müller hinübergeeilt, um irgend etwas wenigstens zu ergattern. Dabei war es ihr einmal gelungen, den allmächtigen der Verkaufsabteilung, einen gewissen Herrn Siegfried in ein längeres Gespräch zu verstricken und mit ihm persönliche Fühlung zu gewinnen. Der Erfolg war gewesen, daß Willi augenblicklich ein höheres Pennum zugewilligt bekommen hatte als es ihr zustand. Das nächste Mal glaubte Willi sich revanchieren zu müssen. Sie überreichte Herrn Siegfried ein kleines Geschenk, eine Bonbonniere. Sie hatte ihren Mann von ihrer Absicht unterrichtet gehabt, und wenn sich Grölke auch durchaus ein-

verstanden damit gezeigt hatte, daß man Stehfest wie ein rohes Ei behandle, so hatte er es doch für abgemacht gefunden, eine plumpe Bestechung zu versuchen und zu bedenken gegeben, daß dieser Stehfest möglicherweise das Geschenk mit entrüthelten Worten zurückweisen werde und daß man es dann für alle Zeit mit ihm verächtlich habe. Aber Willi hatte den besseren Instinkt gehabt. Stehfest war nicht entrüthelt und nicht empört, sondern sichtlich erfreut. Mit der Zeit gestaltete Willi die Geschenke immer größer und allmählich ging sie dazu über, den Boden der Pakete und Schachteln, die sie übergab, mit Geldscheinen auszustaffieren. Stehfest ließ es an Gegenleistungen nicht fehlen: Nicht nur, daß er Mittel und Wege fand, Willi das jermürende Warten und Drängen zu ersparen, denn die anderen Kunden sich unterziehen mußten, er bewirkte auch, daß die Firma Grölke von der Rationalisierung ausgenommen wurde und einen Tag um den anderen das Veschäfte dessen erhielt, was andere bekamen. Grölke war glücklich. Auch jetzt war reichlich die Ware noch immer nicht aus, um den gewaltigen Bedarf seiner Läden zu befriedigen, aber immerhin bedeutete Stehfests Entgegenkommen doch eine bedeutende Erleichterung. „Halt dir den Mann warm“, sagte Grölke zu seiner Frau, die diese Beziehungen geknüpft hatte und der er ihre Haltung überließ, „wir müssen ihn haben, wir brauchen ihn, wir sind auf ihn angewiesen!“

„Natürlich halte ich ihn warm“, sagte Willi, „er hat mich übrigens für morgen Abend eingeladen, in einer Konditorei mit ihm eine Tasse Kaffee zu trinken. Du hast doch nichts dagegen?“ „Dagegen?“, sagte Grölke, „nein, nein, ich habe nichts dagegen. Unterhalte dich recht nett mit ihm! Was ist das eigentlich für ein Mann?“ „Oh“, antwortete Willi, „er ist sogar was Besseres. Er ist früher Leutnant gewesen, aber wie das so ist, jetzt muß jeder zusehen, wie er zurechtkommt.“ „Run ja“, sagte Grölke noch einmal, „unterhalte dich recht nett mit ihm, daß er uns ja nicht abspringt.“

Ein paar Tage später, als Grölke sich auf einem Orientierungsgang durch die Markthalle befand, trat ein besetzter Mann, eine typische Fretthändlerfigur ohne Kragen und Hut und mit in der Mitte geschwelltem, angeblähtem Haar, an ihn heran und sagte: „Kollege, hast du ein paar Minuten Zeit?“ Grölke war hier schon des öfteren von stoffremden Leuten mit dem kollegial gemeinten Du angeredet worden, und wenn

er sich auch damit abgefunden hatte, daß der Ton hier, zwischen Feringstinnen und Margarinetäden, eine Kleinigkeit anders sein mußte, als er früher in den Vorlesungssälen der Universität gewesen war, so war er doch für solche Vertraulichkeit nicht eben begeistert und immer ein wenig verbroffen, wenn er ihr begegnete. Mit betonter Reserve und einem Schuß Arroganz sagte er deshalb: „Ja bin kolossal beschäftigt, es wird ja auch weiter nichts sein.“

„Nee, nee“, sagte der Dide, ernst und gewichtig, „es ist schon weiter was, ich mein's nur zu deinem Besten, Kollege.“ Grölke sah, daß er dem Mann nicht so leicht enttrinnen könne, und fügte sich deshalb mit den Worten: „Also, da schließ mal los!“ in sein Schicksal.

„Gut mal, Kollege“, legte der Dide los, „du tußt doch auch bei Henneberg & Müller kaufen und da ist doch der Stehfest. Also ich wollte dir mal drauf aufmerksam machen, daß du auf deine Alte aufpassen sollst.“

Grölke tat sehr entrüthelt und fiel unwillkürlich in das distanzierende Sie. „Run machen Sie mal keine Sache, was erzählen Sie denn hier! Sie werden doch nicht meine Frau verdrängten wollen, Sie kennen doch meine Frau überhaupt nicht.“ „Kollege...“, sagte der Dide bedeutungsvoll, hob den Zeigefinger und senkte den Kopf ein wenig, „ich weiß, was ich sagen tu, ich mein's gut mit dir, bei meiner Akten hat der Stehfest auch landen wollen, aber da ist er natürlich schwer abgerufen. Sei mal ehrlich, Kollege, der Stehfest macht doch Schiebung mit dir, ich weiß doch, was du alle Tage für Ware weggiehst läßt bei Henneberg & Müller, aber du darfst nicht denken, daß der Stehfest da nichts im Schilde führt!“

„Na ja“, ereiferte sich Grölke, „der Stehfest kriegt mal was zugesteht, aber es ist ja Unfimm, was anderes dahinter zu suchen. Wie kommen Sie daraus, meiner Frau so was anzutragen? Die denkt ja gar nicht an so was! Das ist ja alles haltloses Zeug!“

„Na ja, wenn du denkst“, zögerte nun der Unflüger die Köpfe, dessen Tonfall übrigens niemals schadenfroh oder frivool war, sondern von aufrichtiger Besorgtheit zeugte, „mir kann's egal sein, aber haben tut deine Alte doch was mit Stehfest, ich mein's gut mit dir, ich will dir bloß warnen. Na, nicht für ungar!“ Der Dide entfernte sich mit massiven, stampfenden Schritten, über seinem breiten Hintern funkelte eine predige Soße.

(Fortsetzung folgt.)

„Lohnabbau“ in Afrika

Von Pierre Maran.

(Berechtigter Uebersetzer von C. P. Hiesgen.)

Von dem Negerdichter Pierre Maran sind im Verlage von Ullstein, Berlin, zwei Bücher erschienen, die in Frankreich großes Aufsehen erregten. Der Verfasser wendet sich in seinen Schilderungen rückwärts gegen die Greuel in den französischen Kolonien. Dieser Auszug ist ein Kapitel aus dem Buche „Djouma, der Hund der Wildnis“.

Männer, Frauen und Kinder tragen in Körben auf ihren Köpfen die Ernte des Dorfes zur Station. Die Häuptlinge werden mit ihren Familien aufgerufen und einer nach dem anderen gehen sie an die Waage, um den Kautschuk abzuwiegen.

Der Kommandant händigt jedem ein Stück Papier aus. Im Befehlsston macht er je nach Gewicht seine guten oder schlechten Bemerkungen.

Die Eingeborenen entfernen sich mit dem Papier, darauf das Gewicht des abgelieferten Kautschuks angegeben ist, in die Richtung der Faktorei.

Allmählich vereinsamt der kahle, gelbe Sandplatz vor der Station.

Batouala wird als letzter aufgerufen.

Beim Anblick der Anzahl Körbe zeigen der Sergeant Sandoukou und seine Soldaten ein breites Grinsen.

Batouala fragt, was es zu lachen gibt?

Der Kommandant verbietet dem Schwarzen den Mund:

„Ich bin absolut nicht zufrieden mit dir! ... Ganz und gar nicht! — Ist das ein Gewicht? — Soll das der ganze Kautschuk sein, den du ablieferst? — Schämst du dich nicht? — Aber wir wissen ... wir haben Mittelungen, auf dich besonders achtzugeben! — Du bist der widerpenstigste Dickschopf des Bezirks! — Ich dulde keine Widerrede! — Rügele das in deinem Schädel fest! — Für heute will ich zum letzten Male Gnade vor Recht gehen lassen — unter der Bedingung, daß mir in Zukunft das doppelte Gewicht abgeliefert wird!“

„Eh ... Par ... Pardon! — Kommandant ... eh ...“

Stammelt Batouala und mit aufgeregtem Kopf- und Handbewegungen reißt sich der Schwarze zusammen:

„Tawohl, mein Kommandant! Ich habe verstanden! — Ich verspreche, du sollst dich niemals wieder über mich beklagen!“

Die angstvolle Entschuldigun gen belachen die Soldaten, und der Sergeant bezieht sich, die Worte des Kommandanten in handgreiflicheren Dialekt zu übertragen:

„Schweig, du Sohn einer dreckigen Hündin!“

Batouala wendet sich hilflos gegen die Fäuste des Sergeanten an den Offizier und sieht ihn an:

„Eh! ... Par ... Pardon! Kommandant!“

„Wirst du dein Maul halten, du schwarzes Vieh! — Was unterstehst du dich, dem Kommandanten ins Wort zu fallen?“

fährt Sandoukou mit geballten Fäusten auf ihn los.

Batouala schweigt. Seine Glieder zittern.

Dann beginnt der Sergeant die Ansprache des Kommandanten zu wiederholen:

„Nach auf, du schwarzes Stilk Scheiße! — Der Kommandant hat gesagt: Du hast bis heute abends abzuliefern: ein halbes Dutzend Hühner und ein Ziegenlamm! Es geht dir an die Kehle, wenn du dabei nicht an die Soldaten denkst! — Du weißt also, wenn nicht ... außerdem wirst du mir die Schwester deines Brubers, des Fischers Macoubé, für meine Wirtschaft geben! Sie wird meine Frau, ich brauche sie sofort! — Der Kommandant hat mir gesagt, wenn sie dir gefällt, nimm sie ... und komm her! Komm mit deinen Ohren näher an meinen Mund, damit du mich besser verstehst! ... Hast du das nächstmal nicht das doppelte Gewicht Kautschuk, verflüßern wir erstens deine Frauen und Kinder, zweitens — reißen wir deine ganzen Pflanzungen nieder, drittens — vertilgen wir deine Hühner, die Ziegen und Enten dazu, viertens — brennen wir deine Hütten herunter mit allem, was darin ist, und zuletzt sperren wir dich ein! ... Verstanden? — Das hat der Kapitän dir gesagt! — Verstanden?“

Batouala dreht und windet sich vor Entzückung ...

„Hä! du die Schnauze, du Hundesohn! — Hä! du ...“

brüllte Sandoukou

„Das hat der Kommandant nicht gesagt! Nein! ...“

Schreit Batouala verzweifelt, er hat gesagt ...

Der Sergeant springt dem Schwarzen an die Kehle — — —

„Bouala! ... Bandi! ... Uli! ...“

Drei Kolonialsoldaten kommen gesprungen.

„Weg mit dem Schwein in den Kästen!“

kommandiert Sandoukou wuschelnd, und er nimmt die Soldaten als Zeugen, indem er dem Kommandanten erklärt:

„Mein Kommandant! — Batouala, dieser Dreckschlingel, kommt immerzu mit demselben Baller! — Immer, immer, immer!“

Da der Kommandant keine Lust zeigt, darauf etwas zu erwidern, beruft sich der Sergeant nochmals auf seine getreuen Zeugen:

„Kommandant! Er hat dich in seiner Schweinesprache beleidigt! — Schwer, schwer beleidigt! — Er hat seine Freude daran, uns gegenüber den großen Häuptling zu spielen! — Aber wir werden ihm das Maul stopfen! — Dienst ist Dienst ... und weg mit ihm in den Kästen!“

Im Gesicht des Kommandanten wechelt das Blut. Aus dem Gesicht des Sergeanten hat er nur eines verstanden: daß man ihn beleidigt habe.

Seine Badenmuskeln spannen sich und er springt wütend auf den Häuptling los. Der aber steht gleichgültig da wie ein Tier, und begreift nicht, was mit ihm geschieht. — Aufbrüllend schleudert der Kommandant den willenlosen Schwarzen hin und her. Seine Fingernägel kratzen sich in die schwarzen Schultern.

„Sauhund! — Misthund! — Schweinehund! — Ja, ja! — Es stimmt ... sie haben recht, die da sagen, man soll nur mit dem Knüttel mit den Schwarzen sprechen! — Sie haben recht!“

„Ja, ja ... Was? ... Jeder andere Kommandant hätte dir mit deinem abgelieferten Kautschuk die Rippen eingeschlagen! Ich habe anständig zu dir gesprochen und du wagst mich noch zu verhöhnern und zu beleidigen? — Ich habe bei einer so miserablen Ablieferung schon morgen meine Anführer aus den Kommandanten in Krebels und in Banjui einjusten! — Und du wagst es noch, mich bei deiner Faulheit zu belachen?“

Die Stimme des Kommandanten überschlägt sich vor Haß und Wut.

„Weißt du nicht, daß wir Kommandanten mit dem Gewicht des abgelieferten Kautschuks im Dienstgrad und in der Entlohnung steigen und fallen? — Das weißt du nicht? — Weißt du überhaupt, wer du bist? — Hier gibt es keinen Häuptling Batouala! — Jeder Schwarze ist der Arbeiter — ist der Sklave des Weißen! — Verstanden? — Der Sklave des Weißen! — Und wenn du hier versuchst, den Idioten zu markieren ... hier ist die Peitsche! Dort das Gefängnis!“

Der Kommandant macht den Soldaten eine Bewegung mit dem Daumen:

„Dierzehn Tage Weißblech und 100 Frank Geldstrafe! — Verstanden, Batouala, — Dierzehn Tage Weißblech und 100 Frank Geldstrafe! — Sind die 100 Frank nicht bezuhten bezahlt, verdoppeln sich die vierzehn Tage! — Verstanden? ... Verdammte Schweiner! — Wer erlöst uns von diesem Angeziere?“

Djouma, der rothaarige Hund Batoualas, sitzt schwanzwedelnd neben seinem Herrn, bleckt die Zähne und sieht scharf den weißen Mann an, der seine Fäuste in die Erde stampft.

„Wem gehört dieses Vieh von Hund?“

„Ich will diese Viehster nicht vor meinen Augen sehen! Hunde und Neger! ... Ein und derselbe Dreck ... Weg damit! ... Sofort!“

Steinwürfe — Hundegeheul und Getöse ...

Inzwischen kommen die abgefertigten Häuptlinge mit heftigen Gebärden aus der Faktorei.

Die ewige Taschenspielerlei!

Sie zählen den ausbezahlten Betrag für den abgelieferten Kautschuk von einer Hand in die andere und gehen zurück zur Station, für ihre Sippen die Kopfsteuer zu bezahlen ...

Zwei Soldaten führen Batouala ab.

Im weiten Bogen kommt der Hund durch die Umzäunung zu den Weißblechbüten getrocknet und findet seinen schwarzen Herrn. Batouala streifelt das gute Tier.



Frauen in Not: Kinder in Not

Das durchschnittliche deutsche Theater pflegt eine Einbeziehung des Zuschauerraumes oder gar des Zuschauers in die Bühnenvorgänge meistens nur bei lustigen Unterhaltungsspielen anzuwenden. Zum Zweck der Uebersetzung oder der gesteigerten Heiterkeit. Wir wissen, daß Erwin Piscator an seinen Berliner Bühnen schon verschiedene, mehr oder weniger erfolgreiche Versuche solcher Art auch bei ernsten Stücken gemacht hat. Bei ihm ist die Grundabsicht natürlich eine andere: der politische Regisseur will den Zuschauer aus seiner beträchtlichen Behabigkeit aufwecken, will ihn aktiv machen oder ihm, zunächst wenigstens einmal, die Illusion verschaffen, aktiv zu sein. Bieleicht, so denkt der politische Mensch als Regisseur, wird der Zuschauer dann wenigstens künftighin in seinem privaten oder öffentlichen Dasein sich auch einmal entschließen können, selber aktiv, nämlich moralisch aktiv zu werden.

Natürlich wirkt dieses Stück des Genossen Crede, das wir ja kennen, und diese Regie der Piscatorbühne auf solche und solche Zuschauer verschieden. Mir wird berichtet von einem eleganten jungen Paar, das sich mit seinem Schwiegerpapa geradezu verunreinigte, weil die jungen Leute gar zu lange auf das unangenehme Stück schimpften, das die Berliner für sich behalten könnten, weil man in Leipzig so etwas nicht brauche, ausgerechnet vor den Wästen. „Hündst du das etwa nicht an?“ Bis Papachen sich die Ohren zuhielt und alleine weiterging. Als unfreiwillige Mitspielerin im Zuschauerraum betätigte sich auch eine Dame, die ihren Parkettstempel im Schlußakt, als die Mutter Rolke sich stöhnend unter ihrer Neugeburt krümmte, mit der lauten Erklärung verließ, das wolle sie sich nicht ansehen, sie habe das nicht nötig. Damit hatte sie ja nun wirklich, ohne es zu ahnen, den Nagel auf den Kopf getroffen. Denn der Unterschied zwischen denen, die es nötig haben, an dem absehbaren Paragrafen 218 zu verrecken, und denen, die sich mit hinterlistigen Mitteln drum herumdrücken können, der ist es ja eben, von dem auf der Bühne und im Zuschauerraum die Rede war.

Wenn wir uns nun von den unfreiwillig Mitwirkenden des Schauspielhauses den freiwilligen zuwenden, so würde über die Aeußerungen der Leipziger akademischen Fachleute ja schon gestern berichtet. Es läßt sich aber nicht leugnen, daß die dritte Gruppe, nämlich die der Berufschauspieler, eigentlich am besten war, teils durch ihre sprachtechnische Uebersetzung, teils, weil sie sich kürzer und unterschiedener faßten. Ich fand, daß von den Leipziger Herr Kapitän Druder am besten „spielte“, er war sehr natürlich. Auch Herr Dr. Tolomiz deckte seine Rolle, nur war sein „Text“ ein bißchen zu kompliziert, so daß seine im Kern offenbar positive Formulierung gegen den § 218 nicht so klar wie bei Herrn Druder allen verständlich wurde. Wenn ich aber hier feststelle, daß mein Gesinnungsgegner, Herr Professor Stussch, am schlechtesten abschnitt, so daß ich ein „Neuengagement“ kaum empfehlen könnte, so ist das Gewissen des Theaterkritikers dabei vollkommen rein. Herr Stussch konnte kein Ende finden, er extemporierte gewissermaßen, er arbeitete mit zu billigen Mitteln und bezog sich mit ein paar halben Konjekturen. Aber ich mache auch ihm dafür gern das Zugeständnis, daß er mehr Publikumbeifall hatte, als es dem in „erster Befehung“ vorgehenden Professor Selheim, der als hundertprozentiger Reaktionär gilt, wohl gelungen wäre. Uebrigens trugen alle drei Darsteller, Rechtsanwalt, Neurologe und Frauenarzt, sehr gute Berufsmasken, die sie — man verzeihe mich recht — natürlich nicht nur für diesen Abend angelegt hatten.

Auch die Mitwirkenden der dritten Gruppe, die wirklichen Schauspielere, wenigstens, soweit sie im erleuchteten Zuschauerraum öfters zu reden hatten, waren schon als private Typen vorzüglich ausgeführt und so wenig wie möglich umgedünnt, so daß man keinem auf zehn Parkettreihen ansehen konnte, ob er zum Bau gehörte.

Von diesen hat man vor allem Rudolf Mäher, den energischen und ganz un sentimentalen Proletendoktor zu nennen und die prächtige Berliner Schauspielerin der Lily Schönborn als Kneblchen. Sehr stark war die schlichte Startheit der „Frau in Not“, von Ellen Widmann dargestellt. Ferner der menschliche Untersuchungsrichter des Herrn Schred auf der einen Seite und der löselimig-reaktionäre Medizinalrat Werner Repids, sowie der schmerzreaktionäre Referendar des Heinz Greif auf der anderen Seite. Das Bühnenbild Traugott Müllers geht nicht wesentlich über das hinaus, was wir im Leipziger Komödienhaus bei der Uraufführung sahen.

Die Uebersetzung von Piscators Aufführung war gegeben, zum Teil durch die Hauptdarsteller, zum anderen durch die von Regisseur und Autor in gemeinsamer Arbeit hinzugefügten Zwischenstücke und Einschübe. Das Vorspiel im erleuchteten Zuschauerraum wirkt noch schwächer, weil die Bühne nicht attempniert. Nach den akademischen Vorträgen des ersten Zwischenaktes freizerte sich die Wirkung in der Gerichtsszene, die ursprünglich bei Crede am schwächsten war, jetzt durch Piscator am stärksten ist. Mit prächtvollen ironischen Zwischenrufen von der proletarischen Seite aus dem dunklen Hause, schließlich bis zum Auftreten der Witwe Kneblach auf der Bühne gesteigert, die sich mit dem braven Untersuchungsrichter leidlich versteht und den stummen Medizinalrat verappest. Dann folgt eine Abstimmungsorbereitung, und diese wird durch den schnarrenden Referendar mit einer Kindertrumpete solange gestört, bis man die Versammlung über die große Pause verläßt. Der tragische Schlußakt ohne Zwischenrufe schießt wieder mit dem Appell

an die Zuschauer, die so noch einmal mit den Bühnenvorgängen verbunden werden. Verschiedene Schauspielere: „Weg mit dem Gehe!“ — „Aber nicht nur mit dem Gehe!“ — „Weg mit den Leibesbaraden!“ — „Weg mit dem Hunger!“ — „Weg mit der Arbeitslosigkeit!“ — „Auf diesem Boden ist der Paragrafen gemach.“ „Weg!“ — „Schaffen Sie eine gesunde Welt und niemand braucht ihn mehr!“

Vom Inhalt des Stückes war niemand ausführlich die Rede. Lassen wir heute noch einmal seinen Sinn zusammen, dem dieses Theater in seinem menschlich bedeutsamen Sinne zu dienen berufen ist: Der Paragrafen 218 darf nicht nur gemildert, er muß aufgehoben werden. Keine Frau hat die Pflicht, ein Kind auszutragen, das sie nicht will. Vor allem aber hat kein Kind die Pflicht, sich von einer Mutter austragen zu lassen, die es nicht will oder nicht wollen darf. Keine Frau wird die Erlaubnis zur Abtreibung, zu ihrem Vergnügen“ mißbrauchen. Das können nur männliche Adolten glauben. Freilich müssen die Verhütungsmittel von den Staaten geliefert werden nach Maßgabe der wirtschaftlichen Möglichkeiten. Wenn das deutsche Volk daraufhin auswirkt, dann war es sowieso nicht mehr lebensfähig. Es wird sich jedoch unter solchen Bedingungen ebenso eifrig vermehren, wie es das russische getan hat.

Auf alle Fälle aber: in dieser und in jeder künftigen Welt ist es die größte Biederkeit, die ich mir vorstellen vermag, irgendeiner Mutter ein Kind aufzuwingen, das sie nicht will. Eine kleinere Biederkeit gegen die Mutter und eine größere gegen das Kind. Wer je sein Herz an ein Wesen gehängt hat, bei dessen Herstellung er beteiligt war, wer etwa unter den Lebern dieser Zeiten sich schmelzen zu dürfen glaubt, ein leidlich guter Vater oder eine leidlich gute Mutter gewesen zu sein, der möge nie mehr in seinem Leben für seinen Paragrafen eintreten, der hilflose Säuglinge widerwillig oder auch ihrerseits hilflosen Erzeugern aufbringt. Solange ihr diese hilflosen Säuglinge nicht von Staats wegen aufzieht, und zwar durch solche Funktionäre der Gesellschaft, die keine Kinder selbstschäftlich gerne pflegen und heranbilden, solange sollte die Unterbrechung der Schwangerschaft nicht nur erlaubt, sondern in allzu vielen Fällen leider auch geboten sein.

„Eine Nacht in Kairo.“ Diese dreiaktige Operette ist ein spätes Werk Jean Gilberts, dem einstens (lang, lang ist's her) mit dem Schlager „Puppen, du bist mein Augenstern“ ein Welttriumph wurde. Als Titant taucht dieser Schlager im Orchester und im Dialekt auf, wie Gilbert auch sonst dem Puppenstil seiner Jugend verbunden bleibt. Moderne Klangmischungen in der Orchesterleitung ändern daran nichts. Das Geschehen wird von entsprechend angelegenen Personen der eleganten Welt getragen auf Schauplätzen, die fürstliche Bankkonten voraussehen. Im Neuen Operetten-Theater nimmt man sich der Angelegenheit mit mehr Liebe an, als ihrer Bedeutung entspricht. Die flotte Zusammenfassung wird nur vorbereitet durch das Publikum, das jeden Tanz, jedes Liedchen wiederholt haben will. Hans Föllmer und Lilli Kallier gelangen einige nette Tanzpaare. Der Gast Elze Kochmann wird durch ihre dramatische Stimme in die glückliche Lage versetzt, eine an sich wenig beachtete Rolle in das Opernhaufe hinauszuspielen. Hermann Wolber ist für die diskrete Verwendung seines Operetten-talents zu loben.

Leipziger Filmchau

„Der große Gabbo“

Der ehemalige österreichische Offizier Erich von Stroheim hat in der bisherigen amerikanischen Film-Metropole Hollywood (neuerdings ist es Neuyork) als Regisseur einige Filme schaffen dürfen, die ihn als bedeutenden Künstler erweisen. Diese Filme, von bürgerlicher Weltanschauung aus sehr umfritten, hat man uns in Leipzig wie so manchen anderen Film von Niveau unterzogen. Dafür zeigt man uns jetzt einen Film, in welchem Stroheim selbst als Hauptperson auftritt, als „Der große Gabbo“, vielleicht ein von genialen Blüten durchdruchtes Selbstporträt. Aber nun sind wir es, die den Stroheimischen Film umstreiten müssen. Nicht Stroheims geniale Schauspielkunst, die mit einer fast mathematisch funktionierenden Geiligkeit den dargestellten Menschen erschafft. Hier ist Befessenheit bis zur Entlohnung des eigenen Ichs. Aber die Art, mit der hohe Kunst in die Nachbarschaft des Alltäglichen getragen wird. Ausgezeichnet die Idee, das Zwiegespräch im Menschen auf den Baudeckel, den Menschen mit zwei Stimmen zu überlagern. Aber die Originalität des Einfalles wird verpufft, wenn sowohl der Baudeckel Gabbo als auch seine Puppe Otto nichts Originelles, sondern nur Mattheiten zu sagen wissen. Und sie geht vollends verloren, wenn die Handlung teilweise durch eine mammutmäßige Reue vollkommen verdrängt wird. Das eigentliche Thema wird zur Einlage. Noch unerschieblicher ist die Verwendung des Tones, ganz unzulänglich aber die „Uebersetzung“ in das Deutsche. Keinen Augenblick wird man den Gedanken los, daß ein Ziegenweiser normal spricht, nicht aber ein Baudeckel. Mäuler öffnen sich, und es kommt kein Ton von den Lippen, und dann wieder hört man Töne ohne entsprechende Mundbewegungen. Die Musik wird häufig verzerrt. Folgen der Uebersetzung. Die kommt ja zuerst auf die Grammophonplatte und wird von dieser photographiert. Dann erst wird sie mit dem Bildband in Uebersetzung gebracht. Wenn man nicht für jede Sprache eine Originalfassung aufnimmt, werden die Unstimmigkeiten nie zu lösen sein. Eine keineswegs freundliche Aussicht für den Tonfilm, soweit er aus geschäftlichen Gründen international sein will. Aus Ersparnisgründen wurde erst die Musik mechanisiert, nun wird auch noch das gesprochene Wort durch fremde Sprecher ersetzt. Man hört nicht den, der zu sehen ist.

„Der große Gabbo“ wird im „Capitol“ zur Zeit vorgeführt. Hl.

Ein kümmerlicher Film, der berechtigt spricht als das meiste, was heute ohne zureichenden Grund unter der gewinnlichen Kamera der Kassen B r o t. Allerdings geschaffen von einem großen Künstler, der weiß, daß große Wirkungen nicht wesentlich von technischen Effekten abhängen — von F. W. Murnau. Das alte Lied von der Mutter Erde, ihrer Fruchtbarkeit, und von den Menschen, die ihr den Segen in schwerer Arbeit abringen müssen. Primitive Menschen, für die es noch tragisches Lebensschicksal wird, wenn eine ihrem Kreise Fremde durch die Liebe zum Familiengliede wird. Hier sprechen die Bilder, geben Duft und Farbe, wie die Natur selbst. (Königs-Bavillon.)

Ein guter französischer Film, Valaitana, beschäftigt sich mit dem Leben der russischen Emigranten im Paris der Nachkriegszeit. Marcel Herbiere, der Schöpfer, ist ein Kameramann, der Ideen hat und zu zeichnen versteht. So, daß auch um diese Früsten, die Tagelöhner geworden sind, diese Gräfinnen, die in Tingeltangeln aufstreifen, diese Offiziere, die Keilner oder Gigolos wurden, das soziale Milieu sichtbar wird. Graue Mietofen, möblierte Zimmer, ausbeutende Wirtinnen. Um klein wenig wird die soziale Schichtung durch eine gemachte Liebesgeschichte entwertet. Aber vielleicht ist das eine Konzeption Herbiere als der Filmverleiher, die diesen bedeutenden Sittenbildner unverständlicherweise schneiden. (Alberthalle.)

Gelbe Raucherzähne. „Nach langem Suchen endlich das Richtige für meine Zähne. Nach dreimaligem Gebrauch blendend weiße Zähne, trotzdem dieselben durch vieles Rauchen Braun und ungesund wurden. Ich werde nichts anderes mehr gebrauchen, als Chlorodont.“ B., Horst Berg. — Chlorodont: Zahnpaste 60 Pf. und 1 Mk., Zahnbürsten, Mundwasser 1 Mk., bei höchster Qualität. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Jugendbewegung im Bürgerblock

Finanzpolitik des Sachsen-Bürgerblocks

Der am 12. Mai 1929 gewählte Landtag war die organisierte Arbeitsunfähigkeit. Zuerst gab es lange Verhandlungen über die Regierungsbildung, weil sich die bürgerlichen Interessengruppen über die Verteilung der Ministerposten nicht einig werden konnten. Schließlich wurde am 25. Juni 1929 der Volksparteiler Dr. Büniger zum Ministerpräsidenten gewählt. Dr. Büniger und Kogis leisteten bei dieser Wahl gemeinsame Geburtshilfe. Im Kabinett Büniger übernahm Herr Büniger selbst zu dem Präsidentenposten noch das Volksbildungsministerium, der Wirtschaftsparteiler, Schlosserinnungsberechnungsmeister Weber wurde wieder Finanzminister, der demokratische Innenminister Dr. Appel wurde von Bürger auf Verlangen in der Kasis ausgeschickt, dafür wurde der Kreishauptmann von Bauhen, Dr. Richter, Innenminister. Justizminister wurde der Präsident des Oberverwaltungsgerichts Dr. Mansfeld, das Wirtschaftsministerium bekam der Deutschnationale Dr. Krug v. Nidda, der es schon vorher hatte; später wurde der Altsozialist Eisner wieder als Arbeitsminister berufen.

Die erste Arbeit des neugewählten Landtags war die Vollendung der Etatberatung, die im März durch die Neuwahl des Landtages unterbrochen worden war. Daß diese Landtagsschleife einen reaktionären Etat beschloß, war eine Selbstverständlichkeit. Die meisten Anträge der Sozialdemokratie auf Verbesserungen der sozialen Positionen wurden abgelehnt, soweit sie aber angenommen wurden, ließ die Regierung die Beschlüsse des Landtags unbeachtet. Nach der Etatberatung ging der Landtag Anfang Juli in die Sommerferien. Als er im Herbst wieder zusammentrat, fehlten ihm die bürgerlichen Parteien mit Hochdruck dafür ein, daß der 9. November als staatlicher Feiertag befestigt wurde.

Die sozialdemokratische Fraktion leistete gegen diesen reaktionären Vorstoß den schärfsten Widerstand, mit dem Erfolg, daß die Vorlage erst nach dem 9. November endgültig verabschiedet werden konnte. Dadurch wurde der Plan, den Revolutionsfeiertag noch für das Jahr 1929 aufzuheben, vereitelt, aber die Aufhebung selbst konnte nicht verhindert werden. Da reichsgesetzliche Hindernisse bestehen, gibt es auf absehbare Zeit auch keine Möglichkeit, den Revolutionsfeiertag in Sachsen zurückzuerobern.

Der reaktionäre Etat von 1929 und die Beilegung des Revolutionsfeiertags sind die einzigen Gesetze, die im aufgelösten Landtage beschlossen wurden.

Zwar hat die Regierung insgesamt 28 Gesetzesvorlagen an den Landtag gebracht, aber die Landtagsschleife erwies sich als arbeitsunfähig!

So hat der Bürgerblock von 1929 nicht regiert, sondern fortgewirtschaftet.

Demgemäß war auch die Finanzpolitik ein Fortwursteln auf den reaktionären Grundlagen, die von den vorhergehenden Bürgerblockregierungen gelegt wurden.

Seit der ersten Helld-Koalition vom 4. Januar 1924, die von den 29 Disziplinbrechern gegen den Willen der Sozialdemokratischen Partei Sachsens gebildet wurde, haben im sächsischen Landtage und in der sächsischen Regierung die bürgerlichen Parteien den Ausschlag gegeben. Da die sächsische Gesetzgebung sich nur im Rahmen der Reichsgesetze, der Reichsfinanzsteuer- und Wirtschaftspolitik bewegen kann, war natürlich auch vor dem 4. Januar 1924 in Sachsen keine sozialistische Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik möglich. Wie stark aber die Politik in Sachsen von den sozialdemokratischen Regierungen beeinflusst war, geht daraus hervor, daß sofort nach der Bildung der Helld-Koalition der demokratische Finanzminister Dr. Reinhold daran ging, die Steuern für die Besitzenden in Sachsen in großem Umfang abzubauen. Sachsen wurde so das Probierländchen der Reaktion. Was Reinhold hier in Sachsen zur Steuerrückzahlung der Besitzenden tat, das war für die Steuerherrschaft in ganz Deutschland Reinholds Befähigungsnachweis zum Finanzminister im Reich, wo er dann in weit größerem Maßstabe

die Staatsmittel durch Steuergeschenke an die Besitzenden verschleuderte.

Bereits im ersten Monat der Helld-Koalition wurde mit dem Gesetz vom 22. Januar 1924 die Gewerbesteuer ermäßigt, natürlich in erster Linie für die großen Unternehmer und für die Großgrundbesitzer. Schon im Juni 1924 folgte ein weiteres Steuerermäßigungs-gesetz und im Dezember desselben Jahres kam das dritte. 1925 brachte die Regierung ein neues Gesetz zur Verminderung der Steuern für die Besitzenden.

Die Steuerermäßigungen von 1924 und 1925 bedeuteten für die Besitzenden in Sachsen

mindestens 30 bis 35 Mill. Mark Ermäßigung.

die Aktien der Staatskasse verlorengingen. Die Beträge, die die Gemeinden insgesamt einbüßten, waren naturgemäß beträchtlich höher. Der Appetit kam beim Essen, und die Steuerherrschaft wuchs mit den Steuergeschenken.

Bereits 1926 wurde abermals eine Neuregelung der Gewerbe- und Grundsteuern vorgenommen, die eine schamlose Bereicherung der Besitzenden und eine starke Belastung für die Kleinen brachte. Nach den Mitteilungen des Stadtsteueramtes in Dresden hatte diese Neuregelung folgende Wirkung:

Ein Bäckermeister, der bis dahin 152,25 Mark Gewerbesteuer zahlte, mußte nun nach den neuen Gesetzesbestimmungen 231,75 Mark Gewerbesteuer bezahlen. Das war eine Steigerung um 80 Mark. Dagegen ergab sich für eine große Aktiengesellschaft folgende Veränderung:

Die Aktiengesellschaft hatte bis dahin im Jahre 82 432 Mark Gewerbesteuer gezahlt, sie brauchte im Jahre 1926 nach der Neuregelung nur noch 28 268 Mark Gewerbesteuer zu bezahlen. Ihr wurden also die Steuern um 54 000 Mark herabgesetzt.

So wurden die kleinen Gewerbetreibenden geprellt und dem Staat wurden Riesensummen entzogen.

Die Sozialdemokratie hatte zur Entlastung der Kleingewerbetreibenden beantragt, für die ersten 10 000 Mark des Ertrags sollte die Steuer statt auf 1 pro Tausend auf $\frac{1}{2}$ pro Tausend festgesetzt werden. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Die Steuer wurde auf $\frac{1}{2}$ vom Tausend festgesetzt.

Bei der Grundsteuer hatte die Sozialdemokratie beantragt, die kleinen Bohnhäuser und alle Stedlerhäuser und Grundstücke bis zum Werte von 5000 nach dem Wehrbeitrag berechnet, nicht mit 8 vom Tausend, sondern mit 1 vom Tausend zur Steuer heranzuziehen. Auch dieser Antrag zur Schonung der Kleinen wurde von den Koalitionsparteien abgelehnt.

Auf der Grundlage dieser

Bereicherungspolitik

haben die Industriellen in Sachsen Steuererleichterungen erlangt, deren Höhe sich zahlenmäßig überhaupt nicht angeben läßt, die aber sofort in Erscheinung treten bei einem Vergleich der

Gewerbesteuer in Sachsen und in anderen Ländern

(die Tabellen sind dem empfehlenswerten Buche „Gemeindefinanzen und Realsteuern in Sachsen“ entnommen, das der Oberbürgermeister von Freital, Genosse Kimpel, im vorigen Jahre herausgegeben hat).

Je nach der Gesetzgebung der einzelnen Länder ergeben sich — unter Weglassung der Feinnichtbeträge — folgende Steuererträge:

Mittlerer Betrieb (305 Angestellte und Arbeiter)
770000 Mark Gewerbetkapital, 90140 Mark Gewerbeertrag

	Staatsteuer in Mark	Gemeindesteuer in Mark	Insgesamt Gewerbeertrag in Mark
Sachsen	2 584	3 878	6 460
Preußen	—	24 507	24 517
Bayern	4 962	9 924	14 886
		Gemeinde u. Kreis	
Baden	7 795	10 920	18 716
Württemberg	3 446	17 921	21 367
Thüringen	4 378	4 278	8 756

Großbetrieb (Aktien-Gesellschaft, 3000 Angestellte und Arbeiter)
3,3 Millionen Mark Gewerbetkapital, 165800 Mark Gewerbeertrag

	Staatsteuer in Mark	Gemeindesteuer in Mark	Insgesamt Gewerbeertrag in Mark
Sachsen	9 519	14 279	23 798
Preußen	—	99 010	99 010
Bayern	15 056	30 112	45 168
		Gemeinde u. Kreis	
Baden	22 663	28 823	51 486
Württemberg	6 462	33 602	40 060
Thüringen	12 937	12 937	25 874

Derselbe Betrieb, der in Sachsen 23 798 Mark Gewerbesteuer zahlt, müßte in Preußen 99 000 Mark bezahlen.

Sachsen hat die niedrigsten Realsteuern!

Aber die kleinen Einkommen zahlen verhältnismäßig viel mehr Steuern als die großen.

Weitere Millionengeschenke

Es gibt ein unantastbares Zeugnis für die Geschenkt-politik an die Besitzenden, die von dem Bürgerblock getrieben worden ist, der nach der Landtagswahl vom 31. Oktober 1926 ins Leben trat. Dieses Zeugnis ist das Wahlhandbuch der Wirtschaftspartei, das zur Landtagswahl vom Mai 1929 an Parteifunktionäre der Wirtschaftspartei für die Agitation herausgegeben wurde. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Angaben dieses Wahlhandbuches vom damaligen Finanzminister, Wirtschaftsparteiler Weber, stammen, also sozusagen amtlich sind. Weber hat bisher auch niemals öffentlich bestritten, daß er das Wahlbuch inspiriert hat.

In diesem Wahlhandbuch ist an zahlreichen Beispielen gezeigt, wie der Wirtschaftsparteiler Weber die ihm nahestehenden Mittelstandskreise in finanzieller Beziehung bevorzugt hat. Auf Seite 15 f. des Wahlhandbuches heißt es:

Bei der Verteilung der 20 Prozent Miete ab 1. April 1927 verzichtete Finanzminister Weber für den Staat auf Erhöhung des Steueranteils und trat auch der Erhöhung für die Gemeinden mit Erfolg entgegen. Von den 20 Prozent erhielten

der Hausbesitz 9 Prozent
die Bezirksverbände 1 Prozent
für den Wohnungsbau 10 Prozent.

Der sächsische Hausbesitz, der um 3 Prozent von der Miete schlechter stand als in Preußen, wurde dadurch mit einem Male um 1 Prozent verbessert als in Preußen.

Das war der erste große steuerliche Erfolg der Partei. Die Wirtschaftspartei (Weber) gibt hier also zu, daß bei der Regelung der 20 Prozent Miete ab 1. April 1927 dem sächsischen Hausbesitz 6 Prozent Verbesserung zugestanden wurden.

Den Ausfall an Mietzinssteuern, der besonders den großen Hausbesitzern zugutekam, berechnete die Regierung auf 24 Millionen Mark.

Die Sozialdemokratie hatte sich für eine Schonung der kleinen Hausbesitzer eingesetzt; sie wollte aber den großen nicht die Millionen an den Hals werfen.

Vom 1. Januar 1928 an wurde der Zinsendienst für Aufwertungshypotheken von 3 auf 5 Prozent erhöht. Diese Erhöhung, die in den 6 Prozent vom 1. April 1927 schon abgegolten war, benutzte Weber zu der

Stundungsverordnung

vom 1. April 1928. Dadurch entstand ein Steuerausfall von 12 Mill. Mark im Jahr.

Allein durch die Steuerstundungsverordnung ist bis zum 31. März 1930 ein Steuerausfall von 24 Millionen Mark entstanden.

Die Grundsteuer

erläutert das erwähnte Wahlhandbuch wie folgt: „Die sächsische Grundsteuer ist auf den Einheitswerten aufgebaut. Da die Einheitswerterhöhung für viele Grundstücke eine steuerliche Mehrbelastung bis zu 100 Prozent ausmachen würde, hat Finanzminister Weber ein Gesetz vorgelegt, daß die Grundsteuerveranlagung nach den alten Einheitswerten erfolgt, also auch keine Steuererhöhung auf „faltem Wege“ stattfindet.“

Jeder andere Finanzminister hätte diese Steuererhöhung ohne Vorlegung eines Gesetzes gern hingelassen. Auch dieses Gesetz liegt noch unerledigt im Landtage. (Es ist auch jetzt noch nicht erledigt. D. Red.) Auch hier war es der Widerstand der Demokraten, daß dieses Gesetz nicht eher vorgelegt werden konnte und noch nicht verabschiedet ist.

Durch dieses Gesetz wird dem Hausbesitz und der Landwirtschaft eine Steuererhöhung auf „faltem Wege“ einschließlich der gemeindlichen Grundsteuer von 10 bis 12 Millionen Reichsmark im Jahre erspart.

Für das Jahr 1928 ist dieser Betrag bis jetzt gestundet worden. Kommt die Regierung von Sozialdemokraten und Demokraten zu Stande, dann sind diese Beträge nachzuzahlen.

Für 1928 und 1929 handelt es sich um Steuerersparnisse von 44 bis 48 Millionen Reichsmark, die auf dem Spiele stehen.

Das ist die Arbeit unserer Partei in der Regierung! Sie kann sich wahrlich sehen lassen.

Auf S. 19 des Wahlhandbuches heißt es:

„Beseitigung der Zuschlagsgrenze von 150 Prozent bei der Grund- und Gewerbesteuer.“

Seit dem ersten Regierungstage forderten die Linke und der sächsische Gemeindegewalt die Beseitigung der Höchstgrenze von 150 Prozent Zuschlägen für die Grund- und Gewerbesteuer. Finanzminister Weber hat alle diese Anträge abgelehnt.

Daraus ist zu ersehen, was wir unserer Mitwirkung in der sächsischen Regierung zu verdanken haben. Hätten wir das Finanzministerium nicht in die Hand genommen, so hätten wir Steuererhöhungen todsicher bekommen. Steuererhöhungen auf „faltem Wege“ wären außerdem gekommen. So aber hat die Partei diese Steuererhöhungen verhindert, hat außerdem durch die Senkung der Mietzinssteuer und durch die Ausschaltung der erhöhten Einheitswerte

44 bis 50 Millionen dem sächsischen Mittelstande an Steuerersparnissen gebracht.“

Was hier für 1929 geschrieben wurde, gilt auch für 1930, nur daß sich diese „Steuerersparnisse“ (in Wirklichkeit Steuergeschenke) auf

66 bis 70 Millionen erhöhen.

Die Sozialdemokratie ist, wie bereits betont, seit je für Schonung der kleinen Haus- und Grundbesitzer eingetreten. Aber selbst bei weitgehender Schonung der Kleinen könnten wenigstens für die Zukunft die leistungsfähigen Steuerzahler erheblich stärker herangezogen werden, als es jetzt der Fall ist.

In der vorstehenden Zusammenstellung sind nur die wichtigsten Tatsachen aus der Steuerpolitik der Bürgerblockregierungen zusammengestellt. Daneben hat es aber in besonderen der Finanzminister Weber verstanden, mit zahlreichen, scheinbar kleineren, aber im praktischen Erfolg sehr wirksamen Maßnahmen auf dem Verordnungswege für die Besitzenden zu sorgen.

Dazu kommen die zahlreichen Steuerstundungen von Gewerbe- und Grundsteuern sowie die Steuererlasse,

die ein Skandalkapitel für sich sind.

Was den großen Unternehmungen in Sachsen durch die niedrigsten Gewerbesteuern seit 1921 geschenkt worden ist, geht in die

Hundertern von Millionen

Dazu kommen die von Weber selbst aber mit seiner Hilfe zahlenmäßig geschätzten Beträge an direkten Steuergeschenken. Ingeheim dieser Tatsachen braucht sich niemand zu wundern, daß der Verband sächsischer Industrieller mit der Deutschen Volkspartei alles daransetzt, auch in Zukunft ihre Herrschaft in Sachsen unerschütterlich weiterzuhalten.

Wenn jetzt die Industriellen für jeden beschäftigten Arbeiter eine Mark zum Wohlstand der bürgerlichen Parteien zahlen, so ist es eine billige Versicherungsprämie, die tausendfältig Früchte trägt, sofern das Volk nicht am Wahltag einen dicken Strich durch die Rechnung macht!

Sächsische Angelegenheiten

5000 Mark der Steuerzahler verschenkt

Die „Zittauer Morgenzeitung“ bringt die gewiß nicht uninteressante Mitteilung, daß Herr Ministerialdirektor Dr. Klien vom Wirtschaftsministerium mit Genehmigung des Ministerpräsidenten Schiek eine besondere Stellenzulage in Höhe von 5000 Mark pro Jahr erhalten hat; diese außerordentliche Zulage ist überdies ruhegehaltfähig. Wie das demokratische Blatt treffend bemerkt, soll durch diese Spende Herr Dr. Klien offenbar dafür belohnt werden, daß er darauf verzichtet hat, sich um den Leipziger Oberbürgermeisterposten zu bewerben. Es wäre dies in kurzer Zeit der zweite Fall, in dem höchste Beamte auf sehr eigenartige Weise sich Vorteile verschaffen. Der andere Fall betraf den bisherigen Ministerialrat Hörig, der dafür, daß er auf den Posten des zweiten Bürgermeisters in Leipzig verzichtete, zum Ministerialdirektor befördert wurde, obwohl eine Neubesehung dieser Stelle durchaus nicht notwendig war. Der Fall Klien verstärkt sich noch dadurch, daß Dr. Klien aller Wahrscheinlichkeit nach demnächst als Vertreter Sachsens in den Reichseisenbahnrat eintreten wird, wofür er wiederum neben seinen anderen Bezügen ein weiteres Einkommen von unseres Wises etwa 25 000 Mark beziehen wird.

Ministerpräsident Schiek redet bekanntlich seit Jahren sehr viel von Sparsamkeit, und er handelt auch nach diesen Worten, wenn es gilt, die Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke radikal herabzusetzen. Er denkt aber nicht mehr an Sparsamkeit, wenn es gilt, den höchsten Beamten des Staates immer neue Summen zuzuführen. Am 22. Juni werden die Wähler Gelegenheit haben, Herrn Schiek und den hinter ihm stehenden bürgerlichen Parteien eine deutliche Antwort zu erteilen.

Zum Schutz der Wahlversammlungen

Das Ministerium des Innern veröffentlicht in der Sächsischen Staatszeitung vom 7. Juni nochmals die Verordnung über Schutz der Wahlversammlungen nach folgenden Richtlinien:

1. Die Polizeibehörden haben bei Wahlversammlungen, in denen sie Störungen befürchten, von sich aus, ohne Rücksicht darauf, ob ein Antrag von den Veranstalter gestellt worden ist oder nicht, für den erforderlichen polizeilichen Schutz unter Berücksichtigung der obwaltenden Verhältnisse in dem notwendigen Umfange so zu sorgen, daß Gewalttätigkeiten verhütet oder unterdrückt werden können.
2. Innerhalb der Versammlungsräume dürfen Polizeikräfte jedoch nur insoweit untergebracht werden, als es zur Abwendung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer erforderlich ist oder von den Veranstaltern darum nachgesucht wird. Von der Unterbringung im Versammlungssaal sind die Veranstalter im Kenntnis zu setzen.
3. Galerien im Versammlungsraum können gesperrt werden, wenn es zur Abwendung einer unmittelbaren Gefahr für Leben und Gesundheit der Versammlungsteilnehmer nach Ansicht der Polizei erforderlich ist.
4. Personen, die während der Versammlung Gewalttätigkeiten begehen oder andere zu solchen Handlungen aufreizen, sind nach Befinden sofort aus dem Versammlungsraum zu entfernen.
5. Wenn Wahlversammlungen von politischen Gegnern gestört werden, ohne daß die Voraussetzungen von Ziff. 4 vorliegen, so ist abzuwarten, ob die Veranstalter von ihrem Hausrecht Gebrauch machen. Tun sie es, so sind sie von der Polizei zu unterstützen.
6. Diejenigen Personen, die mit Gewalt oder durch Bedrohung mit einem Verbrechen Versammlungen verhindern oder sprengen oder welche Gewalttätigkeiten in der Absicht begehen, die Versammlung zu sprengen (§ 107 a des Strafgesetzbuches), sind sofort festzunehmen und zur Bestrafung zu bringen.

Auch Dr. Dehne gegen die „Reichshilfe“

Herr Dr. Dehne, der Spitzenkandidat der Demokraten, veröffentlicht eine Erklärung, in der er sagt, daß er „den von der Reichsregierung in Aussicht genommenen Weg zur Deckung des neuen Fehlbetrages im Reichshaushalt unter keinen Umständen billigen“ könne. In erster Linie müßten „die offensichtlichen Konstruktionsfehler der Erwerbslosenfürsorge beseitigt und dann alle nur denkbaren Sparmaßnahmen getroffen werden“. Was Herr Dr. Dehne mit diesen „Konstruktionsfehlern der Erwerbslosenfürsorge“ meint, ist ihm wahrscheinlich selbst unklar. Bisher hat sich nämlich noch regelmäßig herausgestellt, daß die bürgerlichen Kritiker der Erwerbslosenfürsorge zwar allgemeine Behauptungen aufstellen, aber dann keinerlei tatsächlichen Beweis für die Fehler der Erwerbslosenfürsorge antreten konnten. Es ist bemerkenswert, daß sich auch der Führer der Demokraten an dieser Heße gegen die Arbeitslosenfürsorge, die letzten Endes eine Heße gegen die Arbeitslosen selbst ist, hervortragend beteiligt.

Herr Dr. Dehne erklärt weiter: „Wenn es sich herausstellen sollte, daß trotz aller Sparsamkeit das Notopfer nicht zu umgehen sein sollte, darf man es nicht als ein Opfer der Festbesoldeten allein erheben, sondern von allen Zahlungsfähigen“. Das hört sich ganz gut an. Nun war es freilich bisher noch immer so, daß die Demokraten sich mit Händen und Füßen weherten, wenn es galt, die wirklich bestehenden Steuerpolitiken zu erschaffen.

Die Demokraten Dr. Reinhold, Fischer, das Berliner Tageblatt usw. usw. haben ja am wildesten geschrien, daß die Steuern der Besitzenden zu hoch seien und schleunigst abgebaut werden müßten!

Frauenlehrejahr

Zwischen dem bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus in München und dem sächsischen Wirtschaftsministerium ist die gegenseitige Anerkennung des Frauenlehrejahres, das an den bayerischen und sächsischen wirtschaftlichen Frauenschulen abgelegt ist, vereinbart worden. Für die Ableistung des Frauenlehrejahres kommen in Betracht:

- in Bayern: die dem Verein für wirtschaftliche Frauenschulen auf dem Lande e. V. unterliegenden wirtschaftlichen Frauenschulen in Miesbach und Rothenburg o. d. Tauber;
- in Sachsen: die der Landwirtschaftskammer für den Freistaat Sachsen in Dresden unterstehende wirtschaftliche Frauenschule Arbesbushof in Elsbach bei Bad Lausitz.

Ein gefährlicher Räuber festgenommen

Von der Polizei in Dresden wurde der Heideräuber, dessen Heberfälle in letzter Zeit immer dreister wurden, in der Person eines 24 Jahre alten Arbeiters aus Rathenow, der erst Anfangs Februar 2 1/2 längerer Strafhaft entlassen worden war, ermittelt und in jeiz

Die Lehrer protestieren

Gegen die unsozialen Pläne der Regierung Brüning - Moldenhauer

FB. Kassel, 11. Juni.

Die Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung gegen den Bürgerkrieg im Reich. Sie lehnt die unsoziale und einseitige Belastung der Festbesoldeten zugunsten der zahlungsfähigen Kapitalverschieber ab. Die Maßnahmen des Ausgabenentzugsgesetzes richtet sich einseitig gegen die Rechtsgrundlagen des Beamtentums. Proteste allein, so sehr wir sie unterstützen, tun es nicht; die Beamten und Lehrer müssen für die Zukunft lernen. Sie stimmen gegen Moldenhauer und Stegerwald muß in der deutschen Beamtenschaft anhalten. Am 22. Juni hat die sächsische Beamtenschaft die beste Möglichkeit, den bürgerlichen Parteien die entsprechende Quittung zu geben. Genosse Barth, Leipzig, hat mit erfrischender Deutlichkeit die Sünden der heutigen Wirtschaft aufgezeichnet. Folgende Entschliebung wurde einstimmig angenommen:

Die Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins sieht die schwierige finanzielle Lage des Reiches, der Länder und Gemeinden. Die Lehrerschaft kennt auch aus der unmittelbaren Berührung mit den Kindern der notleidenden Schichten die allgemeine große Volkssnot. Sie ist an ihrem Teil bereit, mit zur Behebung der Nothlage beizutragen. Sie fordert jedoch, daß die Lasten gerecht verteilt und alle Volksschichten nach Maßgabe ihrer wirtschaftlichen Kraft herangezogen werden.

Die Vorlage zur Reichshilfe widerspricht diesen Grundfäden durchaus. Die Vertreterversammlung erhebt daran härtesten Protest gegen die angeklagten Maßnahmen der Reichsregierung und lehnt die unsoziale und einseitige Belastung der Festbesoldeten ab.

Deutsche Lehrertagung

FB Kassel, 11. Juni.

Nach den üblichen Begrüßungsansprachen hielt der Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins, Wolff, Berlin, einen Vortrag über „Vereinheitlichung des Reiches und die Schule“.

Das Werden des Deutschen Reiches ist eine schmerzliche Tragödie, trotzdem das Schicksal des Volkes immer auf Einheit und Freiheit gerichtet war. Auch Bismarck hat die Kulturangelegenheiten 1871 noch den Ländern überlassen. Erst in der Republik wurde das Recht der Grundgesetzgebung für die Schule verfassungsmäßig als Reichsrecht verankert. Gegenwärtig wird aus ganz verschiedenen Gründen ein neuer Versuch zur Vereinheitlichung des Reiches unternommen. Diese Entwicklung ist aus schul- und kulturpolitischen Motiven zu fördern. Der gegenwärtig am meisten erörterte Plan sieht eine Neubildung von Ländern im Norden vor, die ihre Geltung durch das Reich erhalten und die Erhaltung der vier Länder Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden, die ihre bisherige Gesetzgebungszuständigkeit behalten können. Wolff fordert, daß die Schulgesetzgebung auf das Reich übertragen, um neue Unterschiedlichkeiten zu vermeiden. Für die Verwaltung sind die vorhandenen, erworbenen Systeme zu erhalten, und im Sinne der Selbstverwaltung auszubauen. Das kulturpolitische Verlangen des Reiches schafft in fortschrittlichen Kreisen Besorgnis: Die Höhe des Schulwesens, wie sie in einzelnen Ländern erreicht ist, darf nicht herabgedrückt werden. Die Vorbereitung und Durchführung der Schulgesetzgebung im Reich erfordert eine dem Reichstag verantwortliche Reichsschulbehörde, der ein Selbstverwaltungsrat zur Seite tritt. Das Reich wird die Vereinheitlichung am besten dadurch fördern, daß es vom Recht der Grundgesetzgebung tatkräftig Gebrauch macht, die Versprechungen der Verfassung erfüllt und fortschrittliche Kulturpolitik treibt. Die Vertreterversammlung stellte sich einstimmig hinter die Auffassung Wolffs. Den Standpunkt der Sachsen, die sich zur Vereinheitlichung bekannnten, aber Sicherung der unter sozialistischen Mehrheiten in Sachsen geschaffenen Schulgesetzgebung forderten, vertrat Wehner, Leipzig.

Die Freien Schulgesellschaften

Kgl. Daß die diesjährige Bundestagung nicht ohne heftige Auseinandersetzungen abgehen würde, war anlässlich der Vorbereitungen über das Programm, das auf der Tagung in Erfurt verabschiedet werden sollte, vorausgesehen. Dazu lag ein Entwurf der Bundestagungskommission vor, der im wesentlichen an den besonderen politischen und konfessionellen Verhältnissen Westdeutschlands orientiert war. Das notwendige Ziel aller weltlichen Schulbewegung, die öffentliche allgemeine soziale Einheitsschule und die Verweltlichung des gesamten Schulwesens, wie es vor allem auch die beiden großen Organisationen der Sozialdemokratischen Partei und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vertreten, war gar nicht genannt, weil man dort in der Richtung weltlicher Sammel- und Sonder Schulen fast die ausschließliche Arbeit der freien Schulbewegung sieht. Demgegenüber stand der Entwurf des Landesverbandes Sachsen, der

jeweils das große Ziel und die allgemeine Aufgabe, als auch die notwendigen taktischen Vorbedingungen, die heute bei der Verschiedenheit des deutschen Schulwesens in den einzelnen Ländern sich ergeben müssen, und besonders auch die sächsische, durch das Uebergangsrecht geschaffene Lage berücksichtigte. Während den Kommissionsentwurf Genossin Lorhorst, Düsseldorf, in einer alle Andersdenkenden recht von oben herab behandelnden Form als die einzig mögliche Ausprägung der pädagogischen Forderungen eines wissenschaftlichen Marxisten hinstellte, begründete demgegenüber Genosse Forbig, Dresden die sächsische Vorlage wirkungsvoll mit den Gedanken einer allgemeinen Verständlichkeit, der verbundene Kraft und der für alle Fälle taktischen Klugheit, die ein Programm haben müsse neben der Ausprägung klarer programmatischer Grundfäden, die auch das sächsische Programm enthalte. Es war von vornherein schwierig, zu beurteilen, welcher der beiden Entwürfe eine Mehrheit erhalten würde. Deswegen wurde von den Landesverbänden Braunschweig und Sachsen, und den Unterverbänden Berlin, Köln, Brandenburg, Provinz Sachsen und Waldeburg (Schles.), denen sich später noch der Unterverband Essen anschloß, ein Einigungsprogramm vorgelegt, dessen Grundlage die sächsische Vorlage bildete. Genosse Löwenstein, Berlin, begründete in vorbildlicher Weise die neuen Formulierungen, die als wissenschaftlich einwandfrei, auf den Tatsachen der Wirklichkeit fußend, die programmatischen Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben klar und verbündend vor Augen stellen. Nach einer zum Teil recht bewegten und heftigen langen Aussprache, in der auch ein kommunistischer Vertreter die Auffassung vertrat, daß mit allen diesen Programmen der Bund „ins Lager des opportunistischen Sumpfes abgewandert“ wurde, nachdem ein Verlagsantrag abgelehnt worden war, der Einigungsentwurf mit 196 gegen 123 Stimmen bei 328 gültigen Mandaten angenommen.

- Das angenommene Programm lautet nun:
1. Der Bund der freien Schulgesellschaften Deutschlands ist der organisatorische Träger der weltlichen Schulbewegung.
 2. Er kämpft für die weltliche Schule als öffentliche, allgemeine und soziale Einheitsschule.
 3. Er reißt sich mit seinem Ringen um die Verweltlichung des Schulwesens in den Kampf um die klassenlose Gesellschaft ein.
 4. Der Aufbau und die Arbeit der weltlichen Schule haben sich nach den gesellschaftlichen Notwendigkeiten für das heranwachsende Geschlecht zu richten, deren Feststellung nach den Methoden der materialistischen Geschichtsauffassung zu erfolgen hat.
 5. Je nach der Lage der bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse versucht der Bund den weiteren Ausbau des Gesamt-Schulwesens nach seinen Grundfäden durchzuführen oder die Einrichtung weltlicher Sammel- und organisatorisch zu erkämpfen.

Als Auftakt war den Programmverhandlungen ein großangelegter Vortrag des Genossen Prof. Max Adler, Wien, über „Nationale und internationale Erziehung“ vorausgegangen, in dem er aufzeigt, daß die bestehenden Nationen „Klassennationen“ sind, die von dem Ideal der „Gemeinschaftsnation“, das z. B. auch Fichte vertrat, unendlich weit entfernt sind. Die kapitalistische Wirtschaft aber, die durchaus weltwirtschaftlich orientiert ist, hat es mit sich gebracht, daß sich die Proletarier aller Länder durch ihre Klassenlage viel näher stehen als zu den herrschenden Klassen ihrer Nation. Bei dem erheblichen Problem: Nationale oder internationale Erziehung? kam er zu dem Ergebnis: Weder das eine, noch das andere, sondern geistige Erziehung in der Richtung der Notwendigkeit der sozialen Gesellschaft, d. h. sozialistische Erziehung. Die Schule hat weder einen nationalen noch internationalen Geist zu pflegen, sondern sie hat nur die vorhandenen Realitäten auszuzeigen.

Nach dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden Genossen Linke, Berlin, der die schulpolitische Lage des Bundes und seine Tätigkeit im vergangenen Jahr, sowie die Aufgaben der Zukunft unterricht, wird eine Reihe von Entscheidungen vorgelegt und angenommen. Der Bund wendet sich einstimmig gegen die Anstellungssperre der bündelständischen Lehrer in Preußen, fordert ebenso einstimmig eine weltliche Akademie in Berlin zur Sicherstellung des Lehrernachwuchses an den weltlichen Schulen, lehnt einstimmig infolge der Gläubiger Ereignisse die Beteiligung der weltlichen Schulen an den Reichsjugendwettkämpfen ab und fordert mit großer Mehrheit Teilnahme am Reichsarbeiterporttag des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes.

Die Wahlen ergeben die Wiederwahl des Genossen Linke, Berlin, zum 1. Vorsitzenden und einer Bundesleitung, die sich auf den Boden des angenommenen Programms stellt. Dieses Programm ist aber nicht, wie eine kleine kommunistische Gruppe, die sich durch zahlreiche Wortmeldungen und großen Stimmaufwand auszeichnete, beweisen wollte, ein Verlassen der bisherigen Linie des Bundes im kulturpolitischen Kampf, sondern bei allem Verzicht auf theoretisch unsichere Auseinandersetzungen eine bewußte Konzentrierung auf organisatorische und verbundene Arbeit ohne Spaltungstendenzen im Sinne eines Aufbaues eines vollkommen weltlichen staatlichen Schul- und Erziehungswesens. Trotz der zum Teil recht heftigen Aussprachen wird, nach Erklärungen von Vertretern aus den verschiedenen Gegenden, trotz eines scheinbaren Richtungsstreites, die Bundesarbeit in verstärkter Maße aufgenommen werden, um die Aufgabe zu erfüllen, als kulturpolitisches Gewissen und als Stoßtrupp dem Schul- und Kulturideal des Proletariats zu dienen.

Dresden. Eine Mauer mit Gerüst zusammengebrochen. Auf einem Neubau stürzte eine Mauer mit einem Gerüst zusammen und begrub vier Arbeiter unter sich. Der sofort alarmierten Feuerwehrgang gelang es, die Berunglückten zu bergen. Zwei von ihnen hatten schwere Verletzungen erlitten und mußten der Diakonissenanstalt zugeführt werden. Die beiden anderen kamen mit leichten Verletzungen davon.

Neugersdorf. Selbstmordversuch eines Liebespaars. Ein hier bei den Großeltern des Mannes zu Besuch weilendes junges Liebespaar aus Hoyerswerda wurde gasvergiftet aufgefunden. Es gelang der Samariterkolonne teils unter Anwendung von Sauerstoffapparaten, die jungen Leute ins Leben zurückzuführen. Bei dem erst 18 Jahre alten Manne fand man zwei geladene Revolver und einen Dolsch.

Kies. Ein fünfzehnjähriger Selbstmörder. Am Pfingstmontag wurde in der Nähe der Eisenbahnbrücke die Leiche des 15 Jahre alten Gärtnerlehrlings Heide aufgefunden. Der elternlose junge Mann hatte aus unbekannter Ursache freiwillig den Tod auf den Schienen gesucht.

Zwickau. Verurteilter Kirchenräuber. Am 17. April war in die Sakristei der Marienkirche eingebrochen worden. Der Täter erbeutete zwar kein Geld, ließ jedoch 12 Flaschen Wein mitnehmen. Der Eindrehler, der oft vorbestrafte Bergarbeiter und frühere Kellner Hans Gabriel, der aus Polen stammt, wurde nunmehr vom Zwickauer Schöffengericht zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Schlimmes Ende eines Ausflugs

Am Pfingstmontag hatte die Familie Friebländer aus Bahnsdorf einen Ausflug nach Meißner unternommen. Der etwa 15 Jahre alte Sohn nahm dort in der Elbe ein Bad, versank jedoch plötzlich in den Fluten und ertrank. Die Mutter erlitt durch dieses Vorkommis einen Nervenzusammenbruch und mußte im Krankenhaus in ihre Wohnung gebracht werden. Als dem Vater der Vorfall gemeldet wurde, stürzte er sich aus einem Fenster seiner im ersten Stockwerk gelegenen Wohnung und erlitt dabei so schwere Rückenverletzungen, daß er in der Nacht zum Montag verstarb. Die Leiche des ertrunkenen Sohnes konnte noch nicht geborgen werden. Die Familie hatte bereits vor einigen Jahren einen Sohn im Alter von 12 Jahren ebenfalls durch Ertrinken verloren. Die Gemeinde Bahnsdorf wird für die schwer betroffene Mutter eine Sammlung veranstalten.

Wieder der schrankenlose Bahnübergang

An dem ungeschützten Bahnübergang der Straße Stolpen-Hohnstein wurde ein nach Hohnstein fahrendes Personenauto von einem Zuge gerammt. Der Wagen wurde etwa 31 Meter mit-

geschleift und schließlich von der Lokomotive eine Wöschung hinabgedrückt. Wie durch ein Wunder kamen Personen nicht zu Schaden, dagegen entstand schwerer Sachschaden.